

# „Der Rote Seehas“



## Internetzeitung von und für Sozialdemokraten, Verbände und Privatpersonen aus der internationalen Bodenseeregion

### Editorial

Wiederholt sich das „Sommermärchen“? Ganz schön spannend ist das schon was die Fußballerinnen da leisten. Leider weniger schön ist die neueste Sportnachricht: München hat es nicht geschafft mit der Ausrichtung der Winterspiele.

Der Deal mit deutschen Panzern nach Saudi-Arabien passt ganz gut zur Art des Verhaltens der Bundesregierung. Ausweichen antworten und durch? Beim Geld hört die Moral auf? Selbst wenn dieser Deal legal sein sollte (das Einverständnis Israels reicht da wohl kaum), sprechen die Menschenrechtsverletzungen der saudischen Regierung und deren militärisches Eingreifen in einem Nachbarland eine deutliche Sprache gegen die Genehmigung durch den Sicherheitsrat. Hier zeigt die Regierung Merkel auch deutlich, dass populistische Gründe die Bundesregierung bewegten, sich militärisch nicht gegen Gaddafi einzusetzen.

Wofür will Schwarz/Gelb eigentlich Steuergeschenke verteilen? 2013 ist ja schon ein gutes Jahr, es ist Wahljahr. Die Bevölkerungsmehrheit – so glauben die Meinungsforscher – ist dagegen. Die Menschen haben längst begriffen, dass die Schulden das größte Problem sind. Und nun, ohne Sicherheit, dass der Aufschwung anhaltend ist, will die Koalition nicht

mehr tilgen sondern ausgeben. Ziemlich durchsichtige Sache!

Natürlich wäre es unfair unsere Koalitionspartner in BW als „Neinsager“ zu diffamieren. Das Regieren allerdings ist doch etwas schwieriger als Agieren von der Oppositionsbank. Die CDU und die FDP zeigen uns gerade wie man mit billigsten Mitteln Effekthascherei betreibt. Nach Verschleierung eines riesigen Defizits gehen sie einfach dazu über, der neuen Regierungskoalition mangelnden Sparwillen und Verschwendungssucht vor.

Der 14. Juli ist bei uns kein Feiertag, wird auch wohl keiner werden. Es sieht gar nicht so aus als ob der (geplante) Tag der Veröffentlichung des Stresstest-Ergebnisses auch schon das Ende des Streits um Stuttgart 21 bedeuten könnte.

Es sieht momentan weder nach Sommerloch oder nach Saure-Gurken-Zeit aus. Es sieht eher nach harter Arbeit aus. SPD und Grüne werden beweisen, dass sie gute Partner sind.

Es grüßt Sie

die Redaktion des Roten Seehas

**Karl-Heinz König, Willi Bernhard**

## Inhaltsverzeichnis

	Seite
- <b>EU:</b> "Konservative im Europaparlament Blockieren Zukunftsinvestitionen im Euroraum" - Evelyne Gebhardt als stellv. Landesvorsitzende der Europa-Union wiedergewählt	2- 3
- "Unabhängiges Gegengewicht zur Finanzlobby" – „Die Rückkehr der Schlagbäume?“	3- 4
- "Leerverkäufe und Derivatehandel regulieren" - Bundesregierung ist auf gleichstellungspolitischem Auge blind	4- 5
- Bericht von der SPD-Konferenz Südwürttemberg - SPD: Bund soll Kommunen bei Sozialausgaben entlasten	5- 7
- <b>SPD-Bodenseekreis:</b> „SPD im Gespräch“ in Tettang – Termine im Bodenseekreis	7
- <b>SBI:</b> - <b>SP Kanton SG:</b> Den Boden bereiten für weiteres Sparpaket – <b>SP Kanton TG:</b>	
- Der Ständeratswahlkampf im Thurgau ist eröffnet - <b>SPÖ Vorarlberg:</b> Armutsrisiko: Alleinerzieherinnen besonders gefährdet	8- 9
- SPÖ präsentiert Ergebnisse ihrer Kampagne „Bürger sparen clever“ - Unterschiedliche Regelung für Behinderte am Bodensee	9-10
- SPÖ sieht sich betreffend Frauenquote bestätigt - <b>SPD Kreis Konstanz:</b> Hans-Peter Storz wird wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion	10-11
- <b>SPD Kreis BC und Martin Gerster:</b> Martin Gerster macht WiB zum Sporterlebnis für die ganze Familie - MdB Gerster lädt Bürger ein - „Mache in Tannheim Hausbesuche“	11-12
- MdB Gerster mit Bundespräsident Wulff in Durban	12-13
- <b>KV Ulm und Hilde Mattheis:</b> Konsequenzen aus der europäischen Staatsschuldenkrise - Bahnhöfe müssen barrierefrei werden	13-15
- Persönliche Erklärung nach § 31 GO zum Gesetzentwurf der Fraktionen CDU/CSU und FDP – Parteireform: Nur Bekämpfung der Symptome statt der Ursachen	15-16
- <b>SPD Kreis RV:</b> Treffen: Arbeitskreis ChristInnen und SPD Bodensee/Oberschwaben	16
- <b>BayernSPD-SPD-Kreisverband Lindau:</b> Künftig im „Königsausschuss“/Weiterhin Tourismuspolitischer Sprecher	17
- <b>Angebot:</b> Bahnreise durch die Schweizer Bergwelt vom 29.9 bis 3.10.2011	18-19
- <b>Fortsetzung von Seite 7</b> – Aufgelesen	19
- <b>Zuletzt eingegangene Nachrichten:</b> „Roaming-Abzockern endlich den Geldhahn zudrehen“ - Pressemitteilung der Jusos BC	
- Schwarz-Gelb ist nur halbherzig gegen Kinderarmut aktiv	19-20
- <b>Einladungen:</b> Atomausstieg – Europafest Klufturner Figurenfestival	21-22 23-24
- <b>Mail-Informationsdienst der SPD</b>	25-28
- <b>Impressum</b>	29



### Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament

**Peter SIMON:**

## "Konservative im Europaparlament blockieren Zukunftsinvestitionen im Euroraum"

### Keine Mehrheit im EP für Balance zwischen Haushaltskonsolidierung und Zukunftsinvestitionen - Konjunkturlilfe für Griechenland aus EUStrukturfördermitteln

"Die konservativ-liberale Mehrheit im Europäischen Parlament hält wie zuvor schon die konservativen Regierungen im Rat weiter an dem Trugschluss fest, dass Europa durch bloßes Sparen und Sanktionen aus der Krise kommt. Haushaltskonsolidierung muss aber mit einer intelligenten Investitionspolitik verbunden werden. Genau das haben die Konservativen und Liberalen in der heutigen Abstimmung zur zukünftigen wirtschaftspolitischen Steuerung in Europa leider wieder einmal verhindert", kritisiert der baden-württembergische SPD-Europaabgeordnete **Peter SIMON** die Ablehnung der sozialdemokratischen Vorschläge zur Verankerung gemeinsamer europäischer Wirtschaftsziele, zur gesonderten Berücksichtigung von Zukunftsinvestitionen sowie zur verbindlichen Einführung von Eurobonds im Rahmen der Gesetzesreform zur wirtschaftspolitischen Steuerung.

Im konkreten Fall Griechenland sieht es nicht anders aus. "Dass Athen massive Spar- und Struktur-reformen durchführen muss, steht außer Frage. Doch diese bringen das Land noch mehr in Schief-lage, wenn nicht gleichzeitig Wachstumsimpulse für die Wirtschaft gesetzt werden. Deswegen müssen wir so schnell wie möglich ein zweites Stand-bein in Form von konkreten Konjunkturliften schaffen. Griechenland braucht einen Marschall-plan!", fordert der SPD-Europaabgeordnete **Peter SIMON** und unterstützt den Vorschlag des EU-Kommissionspräsidenten Barroso, eine Milliarde Euro aus nicht abgerufenen EUStrukturfördermitteln für Griechenland als Konjunkturlilfe bereitzustellen. "Auch Deutschland ist nicht zuletzt deswegen so schnell aus der Krise gekommen, weil wir unter Federführung des damaligen Bundesfinanz-

ministers Steinbrück die Wirtschaft in der Krise mit dem Konjunkturprogramm wieder angekurbelt haben", so **Peter SIMON**. Als weitere konkrete Sofortmaßnahme zur Wiederbelebung der griechischen Wirtschaft schlägt das Mitglied im Ausschuss für Regionalentwicklung zudem vor, die Pflicht zur sogenannten Kofinanzierung bei Projekten, die mit EU-Strukturfördergeldern finanziert werden, für Griechenland vorübergehend auszusetzen. "Rund 15 Milliarden Euro sind als Strukturfördermittel im Haushalt für die griechischen Empfängerregionen bis Ende 2013 noch vorgesehen. Da dem Land aber Geld fehlt, um seinen Eigenanteil an der Projektfinanzierung zu leisten, hat Griechenland praktisch keinen Zugriff darauf. Diese bereits im Haushalt vorhandenen Fördermittel sollten wir in dieser dramatischen Situation ohne Kofinanzierungspflicht für Investitionen in Infrastruktur und die Schaffung von Arbeitsplätzen in Griechenland nutzen, um den Menschen dort wieder eine Perspektive zu bieten."

**Brüssel, 23.06.2011**      **Für weitere Informationen:  
Büro Peter Simon, MdEP**

## **Evelyne Gebhardt als stellvertretende Landesvorsitzende der Europa-Union wiedergewählt**

Mit der überzeugenden Mehrheit von 91,5 Prozent der Stimmen wurde Evelyne Gebhardt als stellvertretende Landesvorsitzende der Europa-Union bestätigt. Bereits seit 2007 hat sie diesen Posten inne und wertet die Wiederwahl als Bestätigung ihrer seitdem geleisteten Arbeit. Die Europa-Union ist die wichtigste Vereinigung zur Förderung der Einheit Europas. Sie vereint Bürger und Bürgerinnen sowie Politiker aller Fraktionen unter dem gemeinsamen Ziel den europäischen Gedanken voranzubringen.

Gerade in der momentanen Situation, in der die Kritik an der Europäischen Union lauter wird, zeigt sich für Gebhardt wie wichtig die Europa-Union und ihre Arbeit in dieser Organisation sind. „Unser Ziel muss das Europa der Bürger und Bürgerinnen sein, die Europa-Union sichert den Einfluss der Menschen in ganz Europa und trägt dazu bei, die Menschen für das europäische Projekt zu begeistern. Gerade jetzt ist dies besonders wichtig“ so Evelyne Gebhardt.

„Die wiedererstarkende Europa-Skepsis und die ständige Kritik betrachte ich mit Sorge und Unverständnis“ führt sie weiter aus und fügt an, dass „in der Zeit der Globalisierung allein ein starkes und vereintes Europa Wohlstand und Frieden für alle Europäer sichern kann. Mein Ziel bleiben weiterhin die vereinigten Staaten von Europa, die den Men-

schen in den Mittelpunkt stellen und nicht Märkte, Geld und Gewinn“.

**Künzelsau, den 28. Juni 2011  
Büro Evelyne Gebhardt MdEP**

### **Peter SIMON:**

## **"Unabhängiges Gegengewicht zur Finanzlobby"**

### ***Parteiübergreifender Aufruf von Europaabgeordneten führt zur Gründung der zivilgesellschaftlichen Organisation Finance Watch***

"Jetzt werden wir endlich eine neutrale Instanz haben, die der Finanzmarktbranche auf die Finger schaut und die Behauptungen ihrer Lobbyisten überprüft. Ein solches unabhängiges Gegengewicht war dringend nötig. Deswegen habe ich den fraktionsübergreifenden Aufruf von Anfang an unterstützt und für die Idee geworben", so der baden-württembergische SPD-Europaabgeordnete **Peter SIMON** zur heutigen konstituierenden Mitgliederversammlung der unabhängigen Finanzlobby "Finance Watch" in Brüssel.

Das Mitglied des Ausschusses für Wirtschaft und Währung hatte im vorigen Sommer gemeinsam mit Kolleginnen und Kollegen in einem fraktionsübergreifenden Aufruf an die Zivilgesellschaft dazu aufgefordert, ein Gegengewicht zur Finanzmarktlobby aufzubauen. Diesem Aufruf folgten rund 40 NGOs und Verbände, wie die deutschen Verbraucherschutzzentralen, der europäische Gewerkschaftsbund EGB sowie die Hilfsorganisation Oxfam. In einer Mitgliederversammlung wählen sie heute das siebenköpfige Aufsichtsgremium der neu gegründeten Organisation Finance Watch. "Wir freuen uns auf die fachliche Expertise einer sachkundigen Organisation, die ganz zuvorderst danach fragt, was das Beste für die Steuerzahler ist und welchen Beitrag die Finanzwelt zur Realwirtschaft leistet", so **Peter SIMON** weiter. "Finance Watch" wird die Gesetzgebung in Finanzfragen kritisch begleiten und dabei nicht die Profite einzelner Akteure der Finanzmarktbranche sondern das Gemeinwohl sowie die Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher in den Mittelpunkt stellen", hebt **Peter SIMON** abschließend hervor.

### **Hintergrund:**

Die Mitgliederversammlung von Finance Watch wählt am 30. Juni ein siebenköpfiges Aufsichtsgremium, das sich aus vier NGO-Vertretern sowie aus drei unabhängigen Finanzexperten zusammensetzt. Rund zwölf Mitarbeiter werden in diesem Sommer die Arbeit der Organisation aufnehmen.

**Brüssel, 30.06.2011**

**Für weitere Informationen:**

**Büro Peter Simon, MdEP**

## „Die Rückkehr der Schlagbäume?“

**Gastbeitrag von Wolfgang Kreissl-Dörfler, Europaabgeordneter der BayernSPD**

Als 1995 mit dem Inkrafttreten des Schengen-Abkommens die Schlagbäume in der Europäischen Union fielen, dachte keiner daran, dass 16 Jahre später über ihre Wiedererrichtung diskutiert werden könnte. Ein neues Gefühl der Freiheit, der Verbundenheit zwischen den einst verfeindeten Völkern haben dieses Abkommen in den Folgejahren zu einem der zentralen Bestandteile europäischer Integration werden lassen. Schengen steht heute nicht nur für die Abwesenheit von Kontrollen – Schengen ist das, was die europäische Identität für jeden erlebbar macht, der zum Urlaub oder Einkauf, zum Besuch von Freunden oder zum täglichen Arbeiten ins Nachbarland über unsichtbare Grenzen geht.

Umso beunruhigender sind die Diskussionen der letzten Wochen, Kontrollen an den europäischen Innengrenzen wieder einzuführen. Als 25.000 Flüchtlinge aus Tunesien die italienische Insel Lampedusa erreichten, rief Italien in der EU vergeblich um Unterstützung. Als es stattdessen berechtigte Kritik am Krisenmanagement hagelte, bediente sich Berlusconi eines effektiven Tricks: Indem er für 8000 der Flüchtlinge ein Schengenvisum ausstellen ließ, erpresste er sich von den Mitgliedstaaten die Solidarität, die es in der Flüchtlingspolitik seit dem Dubliner Abkommen nicht gibt. Doch französische Grenzbeamte schickten viele der Flüchtlinge wieder zurück nach Italien. Berlusconi und Sarkozy trafen sich zur Beilegung des Streits Ende April und waren sich einig: Schengen müsse entweder aufgehoben oder geändert werden. Damit wurde ein Stein ins Rollen gebracht, der Gefahr laufen könnte, ein weiteres Stück europäischer Identität unter sich zu begraben. Am 11. Mai stimmte das dänische Parlament dafür, Kontrollen an der Grenze zu Deutschland wieder einzuführen - aufgrund der steigenden organisierten Kriminalität aus Osteuropa. Einen Tag später plädierten in Brüssel 15 der 27 europäischen Innenminister für eine Änderung von Schengen, um Ausnahmefälle für Grenzkontrollen zu präzisieren.

Für uns Sozialdemokraten bleibt eines besorgniserregend: Mitgliedstaaten nehmen die Herausforderungen innerer Sicherheit zum Anlass, einen Grundpfeiler europäischer Identität in Frage zu stellen. Dabei wird sich durch innere Kontrollen weder etwas an der Flüchtlingsproblematik ändern, noch wird damit Kriminalität im europäischen Raum bekämpft. Wir haben bereits ausreichend Instrumente, wie die verstärkte polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit, um der Mobilität von Straftätern

entgegen zu wirken. Wir haben Instrumente, die nur umgesetzt werden müssen, wie das überarbeitete Schengener Informationssystem. Seit Jahren arbeiten wir zudem an einem umfassenden Einwanderungspaket. Nicht die Änderung des Schengenvertrages, sondern seine Anwendung und die bestehender Instrumente werden uns weiterbringen. Alles andere ist kurzfristig gedacht und zeigt, wie sehr sich einige wieder in die alte Welt des "souveränen" Nationalstaates zurücksehnen.

So wie es scheint, wird der Schlagbaum von 1995 zwar nicht wiederkommen. Aber der schleichende Rückfall in nationalstaatliches Denken - genährt von Verunsicherungen und Ängsten - markiert schon jetzt neue Trennungslinien in vielen Köpfen. Für den Zusammenhalt der EU, für die Demokratien und den Frieden in Europa kann das langfristig jedenfalls zu einer bedrohlichen Tendenz werden.

**Wolfgang Kreissl-Dörfler, MdEP für SPD BY in Newsletter 23-2011 Dr. Paul Wengert, MdL BY**

### Udo BULLMANN:

## "Leerverkäufe und Derivatehandel regulieren"

**Sozialdemokraten fordern Mitgliedstaaten auf, ihre Blockade aufzugeben**

Mit großer Mehrheit hat sich das EU-Parlament heute für eine Regulierung von Leerverkäufen sowie des außerbörslichen Derivatehandels ausgesprochen. Die Endabstimmungen wurde jedoch ausgesetzt, um kurzfristig noch eine Einigung mit dem Ministerrat in erster Lesung zu ermöglichen. "Das Abstimmungsergebnis ist ein deutliche Aufforderung an den Ministerrat, sich endlich auf eine gemeinsame Linie zu verständigen. Wenn spekulative Geschäftspraktiken ganze Volkswirtschaften oder Währungen bedrohen, müssen die Mitgliedstaaten ihre Differenzen überwinden und Handlungsfähigkeit an den Tag legen", kritisiert der SPD-Europaabgeordnete und Fraktionssprecher für Wirtschaft und Währung, Dr. **Udo BULLMANN**. Insbesondere das vom EU-Parlament geforderte Verbot ungedeckter Versicherungen gegen Kreditausfälle bei Staatsanleihen (Credit Default Swaps) ist im Ministerrat umstritten.

Die Europaabgeordneten verständigten sich darauf, dass ungedeckte Leerverkäufe generell bis zum Ende des jeweiligen Handelstages mit den entsprechenden Wertpapieren unterlegt sein müssen. Ansonsten drohen den Verkäufern empfindliche Strafzahlungen. Darüber hinaus sollen neue Transparenzregeln und Informationspflichten zum Tragen kommen. "Damit versetzen wir die Aufsichtsbehörden in die Lage, im Falle von Marktmissbrauch frühzeitig reagieren zu können", betont **Udo BULLMANN**.

Mit Blick auf die Regulierung außerbörslicher Termingeschäfte (OTC-Derivate) erklärt der Wirtschaftsexperte: "Es darf nicht länger sein, dass hochriskante Finanzgeschäfte im Umfang von über 400 Billionen Euro einfach an den Aufsichtsbehörden und den regulierten Handelsplätzen vorbeilaufen". Das EU-Parlament fordert deshalb eine umfassende Meldepflicht. Die so geschaffenen Register sind nach Ansicht **Udo BULLMANNs** auch für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer von zentraler Bedeutung. Um Ausfallrisiken einzelner Akteure zu begrenzen, sei vorgesehen, so viele Verträge wie möglich über zentrale Clearingstellen laufen zu lassen. Ausnahmen für bilaterale Verträge von realwirtschaftlichen Unternehmen dürfe es nur unter strengen Auflagen geben. Dies gelte insbesondere mit Blick auf Transparenz, Risikomanagement sowie das Gesamtvolumen solcher Geschäfte pro Unternehmen.

"Unser Ziel ist es, den Wildwuchs beim Derivatehandel und bei Leerverkäufen sowie damit einhergehende Spekulationen zu beenden. Die beiden Verordnungen leisten dazu einen wichtigen Beitrag", hebt Udo BULLMANN hervor. Eine Verwässerung der Vorschläge durch den Ministerrat sei für das Parlament nicht akzeptabel.

**Straßburg, 05.07.2011** Für weitere Informationen:  
**Büro Bullmann und  
Algara Stenzel (Pressesprecherin)**

**Ferner:**

## **Bundesregierung ist auf gleichstellungspolitischem Auge blind**

Das Bundeskabinett hat heute den Ersten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung beschlossen. Hierzu erklärt die Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF), **Elke Ferner:**

Die bereits im Januar vorgelegten Empfehlungen der Sachverständigenkommission „Neue Wege – gleiche Chancen. Gleichstellung von Frauen und Männern im Lebensverlauf“ sind eine Fundgrube für eine moderne Gleichstellungspolitik. Allerdings ist die schwarz-gelbe Bundesregierung entweder nicht in der Lage oder nicht Willens, den Empfehlungen nachzukommen. Sie bleibt in ihrer Stellungnahme vage und unbestimmt und drückt sich um klare Aussagen.

Die Sachverständigen haben gerade im Bereich der Sozialpolitik und des Steuerrechts sehr konkrete gleichstellungspolitische Vorschläge gemacht, zum Beispiel in Richtung Ehegattensplitting, Minijobs, Rentensplitting.

Die Bundesregierung teilt nach eigenen Worten nicht alle daraus erwachsenen einzelnen Schlussfolgerungen. Sie will zunächst den gleichstellungspolitischen Handlungsbedarf „identifizieren“. Das ist nach über anderthalb Jahren Regierungszeit ein Armutzeugnis.

Der Handlungsbedarf ist unbestritten: Wir brauchen dringend ein Umsteuern beim Ehegattensplitting in Richtung einer Individualbesteuerung ebenso wie Veränderungen bei geringfügiger Beschäftigung, um nur zwei Beispiele zu nennen.

Wir wollen, dass Frauen und Männer gleiche Rechte und Chancen haben – nicht nur auf dem Papier, sondern im täglichen Leben.

**Berlin, 15. Juni 2011**

**Pressestelle SPD**

## **Bericht von der SPD- Konferenz Südwürttemberg**

Im malerischen Weinbaurdorf **Stetten am Bodensee**, im Lokal „Grüner Baum“ (ist denn jetzt schon alles grün??) tagte die jüngste Südwürttemberg-Konferenz der SPD-Mandatsträger/innen und Vertreter/innen der SPD-Kreisverbände zwischen der rauhen Alb und dem Trinkwasserspeicher am Bodensee. Sie diskutierten auf Einladung der stellvertretenden SPD-Landesvorsitzenden **Hilde Mattheis MdB (Ulm)** über allfällige Konsequenzen aus dem ernüchternden Wahlergebnis der Landtagswahl vom 27. März 2011 für die **künftige Parteilarbeit**.

Die „Südschiene“ des Regierungsbezirks Tübingen, bis auf einzelne Gemeinden im Osten des Landkreises Ravensburg deckungsgleich mit dem Gebiet des Regionalverbandes Bodensee-Oberschwaben, hat jetzt weder eine eigene SPD-Regionalgeschäftsstelle noch einen eigenen SPD-Landtags- oder Bundestagsabgeordneten. Einen SPD-Bürgermeister? Ebenfalls Fehlanzeige!

Aufhorchen ließen darüber hinaus die Ausführungen von **Thomas Godawa**, neuer Landesvorsitzender des baden-württembergischen Journalistenverbandes (DJV Baden-Württemberg) mit der Homepage im Internet: [www.djv-bw.de](http://www.djv-bw.de).

Der Redakteur und Betriebsrat beim Zollern-Alb-Kurier gab einen interessanten Überblick über die Situation im baden-württembergischen und bundesweiten Pressewesen und zur aktuellen Tarifaufsetzung der Beschäftigten in der Medienbranche. Die Verleger der Lokal- und Regionalzeitungen üben immer mehr Druck aus auf die Redaktionen, um Betriebskosten einzusparen. Immer mehr früher selbständige Lokalzeitungen werden „feindlich übernommen“, fest angestellte Redakteur/innen gibt es immer weniger, die einem immer höheren Zeitdruck ausgesetzt sind. Das wirkt sich indirekt auch auf die Medienarbeit der politischen Parteien im kommunalen und regionalen Bereich in den kommenden Jahren und Jahrzehnten aus.

Recht kontrovers verlief die Diskussion zur Partei-reform der SPD, wie sie kürzlich von Siegmair Gabriel und Andrea Nahles angestoßen wurden. In 3 Arbeitsgruppen machten die Anwesenden Vorschläge, wie mehr Mitglieder für die Parteiarbeit gewonnen werden könnten (in Südwürttemberg), wie sich das Profil der SPD in den einzelnen Politikfeldern eindeutiger nach außen transportieren lasse und wie der Informationsfluss von den SPD-geführten Landesministerien und den Abgeordneten zur Parteibasis effizienter organisiert werden müsse. Die Option, schwächelnde Ortsvereine per Beschluss des Kreisvorstandes zusammenzulegen, hat die SPD-Konferenz Südwürttemberg nicht unterstützt. „Primäres Ziel bleibt, Ortsvereine aktiv zu halten (wie?) und wo möglich zu stärken“, heißt es im Papier von den Ergebnissen der Arbeitsgruppen. Wenn ein Ortsverein mal aufgelöst wird, kann vor Ort kaum mehr eine Kandidatenliste für die Kommunalwahl aufgestellt werden und ein unmittelbarer Kontakt zu den Bürgergruppen vor Ort ist damit auch nicht mehr gewährleistet. Infrage gestellt wurde auch der Vorschlag, dass sich die SPD nur noch zu ihrem Markenkern öffentlich äußern soll: Arbeit, Soziales, Umverteilung.

Sagt die SPD dann nichts mehr zur Energiewende nach dem Atomausstieg, weil dies der Markenkern der Grünen ist? Wie muss man in Zeiten knapper Parteikassen Zielgruppenveranstaltungen etwa für junge Leute oder für Frauen so attraktiv organisieren, dass sich damit neue Mitglieder in der Partei finden lassen? Reicht es aus, bei jungen Leuten nur so oft wie möglich zu twittern und das Facebook zu malträtieren? Richtig ist, dass die SPD vor Ort mit klaren Positionen wahrnehmbar werden muss zu den Herausforderungen im Gesundheitsbereich: Krankenhäuser, Abwanderung von Ärzten aus dem ländlichen Raum, betreutes Wohnen für Alte und humane Pflegebedingungen. Auch in Oberschwaben gibt es schon Erkenntnisse, dass immer mehr junge Familien mit Kindern abwandern (wie in einigen ländlichen Gebieten in den neuen Bundesländern) mit allen Konsequenzen für die Infrastruktur- vom KITA- und Schulwesen bis zur Gesundheitsversorgung.

Warum gibt es in der SPD diverse Arbeitsgemeinschaften, aber keine, die sich mit speziellen Fragen der Politik im ländlichen Raum beschäftigt? Es ist zu hoffen, dass auf dem Landesparteitag der SPD Baden-Württemberg im Oktober umsetzbare Erkenntnisse für die Reform der Parteiarbeit in den kommenden Jahren „generiert“ werden können, wie der moderne Schwabe sagt.

**W. Bernhard**

## **SPD: Bund soll Kommunen bei Sozialausgaben entlasten**

MdL [Walter Heiler](#): „Viele Städte und Gemeinden rutschen wegen steigender Sozialausgaben immer

tiefer in die Verschuldung. Eine Ausweitung der Gewerbesteuer könnte die Finanzen entspannen“

Trotz des konjunkturellen Aufschwungs sieht die SPD-Landtagsfraktion viele Städte und Gemeinden finanziell noch lange nicht über dem Berg. Ihr kommunalpolitischer Sprecher Walter Heiler, selbst seit 1999 Bürgermeister der Stadt Waghäusel, mahnte deshalb den Bund, die Städte und Gemeinden bei den Sozialausgaben stärker zu entlasten.

Auch die Einnahmen der Kommunen müssten dauerhaft verbessert werden. „Viele Städte und Gemeinden rutschen wegen steigender Sozialausgaben immer tiefer in die Verschuldung. Eine Ausweitung der Gewerbesteuer könnte die Finanzen entspannen“, sagte Heiler, der auch Vorsitzender des Innenausschusses des Landtags ist.

Er machte darauf aufmerksam, dass die Netto-Einnahmen aus der Gewerbesteuer 2010 leicht zurück gegangen seien. „Um die kommunalen Haushalte nachhaltig zu unterstützen, bedarf es einer Ausweitung der Gewerbesteuer auf Freiberufler. Es ist nicht erklärbar, warum diese keine Gewerbesteuer zahlen müssen“, so Heiler.

Zudem müsse aber auch die Grundsicherung stärker vom Bund übernommen werden. „Die Sozialausgaben machen den größten Teil der städtischen Investitionen aus. Schulen, Kultureinrichtungen oder auch Kinder- und Seniorenbetreuungen sind dabei grundlegende Pfeiler einer funktionierenden Gemeinde. Darum müssen diese auch vermehrt durch den Bund unterstützt werden“, forderte der SPD-Kommunalexperte.

Darüber hinaus sprach sich Heiler für eine Gesetzesfolgenabschätzung aus, um die finanziellen Auswirkungen auf die Kommunen genauer kalkulieren zu können. Dies würde auch eine höhere Transparenz für die Bürgerinnen und Bürger nach sich ziehen. So ließe sich rechtzeitig erkennen, welche Maßnahmen umsetzbar wären und welche nicht.

Nach Angaben des Statistischen Landesamtes konnten die Kommunen in Baden-Württemberg im vergangenen Jahr ein Plus in ihren Stadtkassen verbuchen. So seien die Einnahmen der Gemeinden und Städte um 4,2 Prozent gestiegen. Der größte Anteil dieser Mehreinnahmen könne dem Konjunkturboom zugeschrieben werden.

Dennoch gebe es eine Schattenseite dieser erfreulichen Nachricht. „Die steigenden Sozialausgaben zwingen immer mehr Städte dazu, hohe Kredite aufzunehmen“, warnte Heiler. Im Vergleich zu 2009 seien die Ausgaben in diesem Bereich um 2,1 Prozent auf 4,5 Milliarden Euro gestiegen.

Lediglich 85 von 1.102 Städten und Gemeinden in Baden-Württemberg konnten so schuldenfrei in das Jahr 2010 starten. Auffällig dabei sei auch die Grö-

ße der Kommunen. Während lediglich zwei der schuldenfreien Städte mehr als 10.000 Einwohner haben, liegen die meisten deutlich unter 5.000 Einwohnern.

Stuttgart, 1. Juli 2011

[Martin Mandler](#) Pressesprecher



## „SPD im Gespräch“ in Tettngang

Unter diesem Motto lädt die SPD Tettngang künftig alle zwei Monate zu einem offenen Diskussionsabend ohne Tagesordnung ein, an dem Mitglieder ebenso wie interessierte Mitbürger/innen in und um Tettngang teilnehmen können. Das nächste Treffen soll im Ferienmonat, am 9. August stattfinden, wieder im Hotel „Ritter“ wie beim Auftakttermin, zu dem die Vorsitzende Sieglinde Roman auch den neuen Kreisvorsitzenden Adnan Sabah (eigens von Überlingen in den nahen Osten nach Tettngang gefahren) begrüßen konnte. Auch Parteifreunde aus den Nachbarorten Kressbronn und Meckenbeuren beteiligten sich aktiv an der Gesprächsrunde über das derzeitige Erscheinungsbild der SPD nach außen, über die Aufgaben in der Parteiarbeit vor Ort unter dem Vorzeichen der Regierungsbeteiligung der SPD in der Landesregierung in Stuttgart. Peter Heidtmann lieferte aktuelle Planungen in der Tettnganger Kommunalpolitik (im Jugend- und Sozialbereich) für den Gedankenaustausch.

Als Schwerpunkt für die nächste Zeit bildete sich bei dem ersten Treffen das Thema: „**Mit dem Regionalwerk in das neue Zeitalter der Energieversorgung- mit oder ohne EnBW**“, heraus. Der stellvertretende Juso-Kreisvorsitzende Philipp Stohr (Kressbronn) kritisierte das harsche Alkoholverbot des neuen baden-württembergischen Landesinnenministers Reinhold Gall (SPD). Mit Interesse nahm die Runde die Ausführungen des stellvertretenden Landesvorsitzenden der Polizeigewerkschaft BW, Hans-Jürgen Kirstein, zu diesem Problem und zu den wachsenden Herausforderungen der Polizeibeamt/innen angesichts der Flut an Vorkommnissen wie Vandalismus, Auswüchse von Facebookorganisierten Jugendparties und Alkoholmissbrauch entgegen. Mit einem Alkoholverbot allein sei es nicht getan, räumte der Polizeigewerkschafter ein. Da seien in erster Linie die Elternhäuser, Lehrer und

Jugendbetreuer/innen gefragt, betonte Kirstein, die Eltern in allererster Linie!

Ohne Euphorie äußerte das dienstälteste Mitglied in der SPD Tettngang, Willi Rumsauer, seine Einschätzung von der derzeitigen SPD-Politik im Bund, mit der er nicht zufrieden sei. Ein weiteres Problem in der Montfortstadt ist die große Zurückhaltung der jungen Leute beim ehrenamtlichen Engagement, nicht nur, aber auch im parteipolitischen Sektor. Wie kann man das Interesse der Jugend an politischen Debatten und mehr noch- am politischen Engagement in einer Partei- gewinnen, ist die große Frage. Die Grünen und die Junge Union haben da im Augenblick im Osten des Bodenseekreises noch ganz gute Karten, nicht so andere Parteien wie die SPD. Vereinbart wurde bei dem ersten Treffen ein offensiveres Vorgehen in der örtlichen Medienlandschaft einschließlich des OV-Auftrittes im Internet.

W. Bernhard

## Termine im Bodenseekreis

### KV-Sitzung:

**Montag, 11.07.2011**

**19:30 Uhr**

**Langenargen**

**Fischerstüble**  
parteiöffentlich

### OV Bermatingen:

**Mitgliederversammlung mit Ute Vogt**

**Freitag, 15.07.2011,**  
**18:30 Uhr - 20:30 Uhr.**  
Ort: Frieden; Ahausen

[download Einladung MV](#)

### **5. Brunnenfest**

Sonntag, 17.07.2011, 10:00 Uhr - 16:00 Uhr.  
Ort: Bermatingen, Bärenbrunnen an der Schule

Auf ein Gespräch freuen sich die SPD Mitglieder. Für das leibliche Wohl ist wie immer bestens gesorgt.

### OV Deggenhausertal:

**Nächste Mitgliederversammlung ist unser  
internes Sommerfest am**

Donnerstag 28.07.11 um 19.30 Uhr

[Fortsetzung Seite 20](#)

# Sozialistische Bodensee-Internationale, SBI Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten und Gewerkschaften

[www.bodensee-internationale.org](http://www.bodensee-internationale.org)



Sozialdemokratische Partei  
Kanton St. Gallen

## Den Boden bereiten für weiteres Sparpaket

*Der St.Galler Finanzchef rechnet in Zukunft mit deutlich weniger Geld von der Schweizerischen Nationalbank (SNB). Martin Gehrer zeichnet einmal mehr ein düsteres Bild von der zukünftigen Finanzlage. Ob er damit die Bürgerinnen und Bürger auf ein weiteres Sparpaket vorbereiten will?*

Rund 100 Millionen Franken fließen jährlich von der SNB in die Staatskasse des Kantons. Der Vorsteher des Finanzdepartements zeigt sich gemäss dem heutigen Artikel im St.Galler Tagblatt skeptisch, ob dieses Geld auch in Zukunft fließen wird. Einmal mehr verbreitet der Regierungsrat mit seiner Einschätzung Unsicherheit und will so den Weg für ein weiteres unnötiges Sparpaket bereiten. Die SP wehrt sich entschieden gegen diese kurzfristige finanzpolitische Denkweise.

### Sparpaket vor den Wahlen beraten

Heute müssen wir uns erst einmal mit dem aktuellen Sparpaket und dessen Auswirkungen beschäftigen. Die SP wird sich trotz Sommerferien intensiv mit den erforderlichen Gesetzesänderungen zur Umsetzung des aktuellen Sparpakets beschäftigen. Die SP erwartet zudem, dass das für kommenden Frühling angekündigte fünfte Sparpaket vor den Kantonsratswahlen und nicht erst danach beraten wird. Die Bevölkerung soll wissen, wer den Kanton kaputt spart und Leistungsabbau betreibt.

Weitere Auskünfte

- o Claudia Friedl, Parteipräsidentin
- o Dario Sulzer, Politischer Sekretär

## SP Kanton Thurgau

### Der Ständeratswahlkampf im Thurgau ist eröffnet

Seit gestern ist **Edith Graf-Litscher** an verschiedenen Orten des Kantons präsent.

Auf dem beiliegenden Bild am Bahnhof Frauenfeld.



Ebenfalls seit gestern ist die neue Homepage [www.staenderaetin-tg.ch](http://www.staenderaetin-tg.ch) aufgeschaltet.

Da finden Sie verschiedene Angaben über Edith Graf-Litscher und diverse Stellungnahmen aus ihrem politischen Leben.

Freundlich grüsst

Für das Komitee

**„Edith Graf-Litscher zur Ständerätin wählen.“:**  
**Peter Gubser**



## **Armutsrisiko: Alleinerzieherinnen besonders gefährdet ÖVP verschließt weiter die Augen und redet Situation schön**

Die Sozialdemokraten haben bereits mehrfach darauf hingewiesen, dass die Vorarlberger Frauen, insbesondere Alleinerzieherinnen, mit immer schwierigeren Lebensumständen konfrontiert werden. „Es freut uns deshalb, dass immer mehr Stimmen betreffend dieser untragbaren Situation laut werden und sich auch namhafte Vertreter von sozialen Institutionen, wie Dowa-Geschäftsführer Michael Dittrich oder Caritas-Direktor Peter Kleinger betreffend Armut der Frauen in Vorarlberg zu Wort melden“, erklärt SPÖ-Clubobmann Michael Ritsch. Doch wie es scheint, will allein die ÖVP nichts von Armut in Vorarlberg wissen.

Laut Sozialministerium ist mittlerweile jede dritte Alleinerzieherin gefährdet, in die Armut abzugleiten. Doch die ÖVP hält weder etwas von einer Anhebung des Mindestlohnes, noch unterstützt sie die kostenlose Kinderbetreuung. Nach Ansicht der SPÖ wären dies wichtige Maßnahmen, die Frauen wirksam und nachhaltig zu unterstützen. „Ziel sollte es außerdem sein, das längst überholte konservative Familienbild aus den Köpfen zu verbannen und stattdessen zu akzeptieren, dass es immer mehr Scheidungen, Alleinerziehende und so genannte Patchwork-Familien gibt. Diese Familien brauchen besondere Unterstützung etwa in Form von Ganztagschulen und einer Ganztagsbetreuung frei von Vorurteilen.

„Landeshauptmann Herbert Sausgruber hat im Wahlkampf 2004 angekündigt, Vorarlberg zum familienfreundlichsten Bundesland zu machen. Aus diesem Versprechen sind jedoch lediglich Initiativen wie etwa ‚Kinder in die Mitte‘ entstanden, die den Frauen und Kindern keine echte Hilfe sind“, so Clubobmann Michael Ritsch. Landeshauptmann Sausgruber habe dieses Ziel eindeutig nicht erreicht.

Angesichts dieser Tatsachen ist es nach Ansicht von Michael Ritsch außerdem beinahe ein Hohn, wie die ÖVP sich selbst feiert und die „Modellregion Vorarlberg“ anpreist. Die Situation der Familien bzw. Alleinerzieherinnen und deren Kinder, die in diesem Modell scheinbar keine bedeutende Rolle haben, wird dabei viel zu wenig berücksichtigt, erklärt Michael Ritsch.

**SPÖ-Express, 17.06.2011**

## **SPÖ präsentiert Ergebnisse ihrer Kampagne „Bürger sparen clever“**

### **Michael Ritsch: Bürger wünschen sich schlankeren Verwaltungsapparat**

Die SPÖ Vorarlberg hat über fünf Wochen hinweg knapp 1.000 Vorarlbergerinnen und Vorarlberger zu Verbesserungs- und Einsparungsmöglichkeiten in der Gemeinde- und Landesverwaltung befragt. Obwohl ein Großteil der Bevölkerung mit der Verwaltung zufrieden oder sehr zufrieden ist, sind fast Dreiviertel der VorarlbergerInnen davon überzeugt, dass eine Strukturreform in Vorarlberg notwendig wäre und sie diese unterstützen würden.

Wesentlichstes Ziel sollte nach Ansicht der Befragten eine Kostensenkung sein. Dafür sprechen sich 47 Prozent aus. Danach folgen mehr Bürgerorientierung (30 Prozent) sowie eine Modernisierung (18 Prozent).

Den SPÖ-Vorschlag, aus den vier Verwaltungsbezirken zwei Verwaltungsregionen zu machen, halten ganze 63 Prozent für sinnvoll. Lediglich 21 Prozent können dieser Idee nichts abgewinnen.

Beim Punkt „Verschwendung auf Gemeindeebene“ stuften 63 Prozent der BürgerInnen Subventionen, Förderungen und „Bürgermeisterprojekte“ als Ursache Nummer eins ein.

Je nach Gemeinde werden andere „Bürgermeisterprojekte“ vorgebracht. In Bregenz ist es z.B. „Die Welle“, in Dornbirn z.B. das Rolls Royce Museum, in Frastanz z.B. das Arzthaus, etc.

Während die Befragten eine Verschwendung auf Gemeindeebene an konkreten Projekten festmachen, werden auf Landesebene vor allem die aufwändigen Kampagnen, Studien und die Politikerausgaben kritisiert. Über 53 Prozent nennen dabei Politikerausgaben (Gehalt, Chauffeure, Büros – insbesondere Pressebüro, Kampagnen – insbesondere „Kinder in die Mitte“, Wahlkämpfe, Empfänge,...) eine Verschwendung.

Obwohl die SPÖ Vorarlberg die Frage nicht offensiv stellte, führten rund 19 Prozent der Befragten Gemeindegemeinschaften als eine Einsparungsmöglichkeit an. Vermehrte Gemeindekooperationen und auch Dienstleistungszusammenlegungen können sich 27 Prozent vorstellen. Besonders hervor gestrichen werden hier die Bereiche Tourismusbüro, Bauamt, Bauhöfe und Kulturamt.

Als Empfehlung für Verbesserungen wünschen sich die Befragten Einsparungen wo es möglich ist, allerdings ohne Qualitätseinbußen (z.B. Strukturreform – statt vier Bezirke zwei Verwaltungsregionen).

en), weniger Förderungen für Landwirtschaft, Unternehmen, Kultur sowie Prestigeprojekte. Detaillierte Ergebnisse als [PDF](#).

SPÖ-Express, 10.06.2011

## **Unterschiedliche Regelung für Behinderte am Bodensee**

### **SBI-Vizepräsidentin Olga Pircher fordert einheitliche Beförderungsrichtlinien**

„Es ist nicht einzusehen, dass Behinderte bzw. deren Begleitpersonen auf dem Bodensee je nach Region unterschiedliche Preise für die Beförderung bezahlen müssen“, weist SBI-Vizepräsidentin Olga Pircher auf eine Ungleichbehandlung, die schon seit längerem Thema in den Sitzungen der Sozialistischen Bodenseerinternationalen ist, hin.

Die Forderung der Lebenshilfe und des Zivilinvalidenverbandes nach einer Vereinheitlichung der Tarife für die Beförderung von Menschen mit Behinderung und deren Begleitperson werde Pircher deshalb voll unterstützen. Wenn eine behinderte Person sowie deren Begleitperson auf Vorarlberger und der bayrischen Seite einen Ausflug starten, müssen sie den vollen Fahrpreis zahlen. Auf dem Untersee, also auf Schweizer und baden-württembergischer Seite fährt die Begleitperson kostenlos mit. „Das finde ich diskriminierend und gehört endlich geändert“, fordert Pircher. Für ein "Chancenland Vorarlberg" sei diese Regelung völlig unpassend. Die SPÖ im Vorarlberger Landtag werde deshalb einen entsprechenden Antrag an LH Herbert Sausgruber richten.

„Ich werde mich weiterhin auch mit den Schweizer KollegInnen beraten, um endlich Chancengleichheit für alle bezüglich der Beförderung von Menschen mit Behinderung und deren Begleitpersonen auf dem See herzustellen. Es sollen alle Menschen die Möglichkeit haben, die Fahrt auf dem See zu genießen. Finanzielle Hürden für Menschen mit Behinderungen und deren oft ehrenamtlich tätigen Begleitpersonen sind dabei fehl am Platz“, erklärt SBI-Vizepräsidentin Pircher.

SPÖ-Express, 17.06.2011

## **SPÖ sieht sich betreffend Frauenquote bestätigt**

### **Landesfrauenvorsitzende Pircher:**

### **Nachholbedarf noch immer gegeben**

Laut SPÖ-Landesfrauenvorsitzender Olga Pircher bestätigt die Umfrage in den VN die langjährigen und wiederholten Forderungen der SPÖ zugunsten der Vorarlbergerinnen. Im Laufe der Jahre haben sich die SPÖ-Frauen sehr massiv für die Gleich-

stellung von Frauen und Männern in allen Bereichen eingesetzt.

„Die ÖVP und die FPÖ sollten sich die Ergebnisse der Umfrage genau ansehen, sich diese zu Herzen nehmen und dann die geeigneten Maßnahmen setzen“, fordert Olga Pircher deshalb. „Jetzt haben sie es ja schwarz auf weiß bestätigt bekommen. Vielleicht hat es das gebraucht“, so Pircher weiter.

Wenn 84 Prozent der VorarlbergerInnen der Meinung sind, dass Frauen in Vorarlberg überhaupt nicht bzw. nur teilweise gleich behandelt werden, so sei das eine mehr als klare Sprache. Pircher freue sich auch über die Vernunft der Vorarlberger Bevölkerung. Was die Einkommensschere betreffe, sei das Ergebnis mehr als eindeutig, was bei 35 Prozent Unterschied zwischen Frauen -und Männergehältern kein Wunder sei. Dies sei schließlich nach wie vor die größte Differenz in ganz Österreich.

Die verpflichtende Frauenquote erhält von 57 Prozent der Bevölkerung ihre Zustimmung. Natürlich gerade von jüngeren Personen. Nach Ansicht von Pircher dürfe man von Seite der Regierungspartei diese Forderung nicht ständig als überflüssig abtun. „Nach dem Motto ‚Steter Tropfen höhlt den Stein‘ werden wir weiterhin unsere Forderungen einbringen“, erklärt Pircher mit der Überzeugung, dass diese Umfrage die SPÖ-Anliegen untermauert.

Nach Ansicht der Landesfrauenvorsitzenden brauche es in Vorarlberg dringend spezielle Programme für Frauen in Führungspositionen, eine verpflichtende Quote bei Führungspositionen in der Wirtschaft, die Einkommenstransparenz, mehr Väter in Karenz, eine andere Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit, den weiteren Ausbau der Kinderbetreuung auch über die Ferien (!) sowie eine bessere Anrechnung von Kindererziehungszeiten und Pflegezeiten.

„Wir werden weiter am Ball bleiben. Die ÖVP muss die Umfragen genau analysieren, allen voran die zuständige Landesrätin Dr. Greti Schmid. Ein jährlich erscheinendes Frauenbarometer, das es in anderen Bundesländern bereits gibt, wäre dazu eine nützliche Idee“, schlägt Pircher deshalb vor.

SPÖ-Express, 01.07.2011

**SPD Kreis Konstanz  
Peter Friedrich  
Hans-Peter Storz**

### **Hans-Peter Storz wird wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion**

Der Singener Abgeordnete Hans-Peter Storz übernimmt in der SPD-Landtagsfraktion zentrale Funk-

tionen. Die SPD-Abgeordneten wählten ihn zum Sprecher für Wirtschaft und Tourismus und entsenden ihn in den wichtigen Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen. Zu seinem Zuständigkeitsbereich gehört auch die Entwicklungszusammenarbeit des Landes. Außerdem arbeitet Storz im Ausschuss für den Ländlichen Raum und Verbraucherschutz mit.



**Foto: Winfried Kropp**

Hans-Peter Storz ist mehr als zufrieden. In beiden Ausschüssen könne er viel für die Bürger in seinem Wahlkreis bewegen. "Die SPD-Landtagsfraktion hat mir als Parlamentsneuling sehr wichtige Aufgaben übertragen. Wirtschaft und Finanzen sind politische Schlüsselthemen", kommentierte Storz die Entscheidungen der Fraktion.

Der Tourismus sei am Bodensee ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Daher sei es gut, dass sich ein Abgeordneter aus der Region diesem Thema annehme. Neben seinem Wahlkreis Singen-Stockach wird Hans-Peter Storz auch die benachbarten Landtagswahlkreise Konstanz und Tuttlingen betreuen.

Storz übernimmt die Funktion als SPD-Sprecher für die Entwicklungszusammenarbeit des Landes sehr gerne. Baden-Württemberg unterhalte eine Partnerschaft mit Burundi. Hier ergebe sich ein besonderer Berührungspunkt zu seiner bisherigen beruflichen Tätigkeit als Pastoralreferent. Auch die Singener Herz-Jesu-Pfarrei unterstütze seit vielen Jahren ein Projekt in Burundi.

Der neu gewählte Landtag wird erstmals als Vollzeitparlament arbeiten.

In der Regel hält sich Storz von Dienstag bis Donnerstag in Stuttgart zu Landtags-, Arbeitsgruppen- und Ausschusssitzungen auf.

**09.06.2011**

**Winfried Kropp,  
Büro Hans-Peter Storz, MdL**

**SPD Kreis Biberach  
MdB  
Martin Gerster**

## **Martin Gerster macht WiB zum Sporterlebnis für die ganze Familie**

BIBERACH - Zum fünften Mal findet am 28. Juni das internationale Leichtathletikmeeting „Weltklasse in Biberach“ (WiB) statt – und zum fünften Mal übernimmt Martin Gerster, MdB, die Schirmherrschaft für die Veranstaltung. In diesem Jahr hat sich der Biberacher Bundestagsabgeordnete etwas Besonderes einfallen lassen: Ein Familienpaket mit jeweils zwei Eintrittskarten für Erwachsene und Jugendliche zum Sparpreis von 5 Euro.

„Hochkarätige Sportfeste wie „Weltklasse in Biberach“ wecken bei Jung und Alt Begeisterung für den Sport und animieren vor allem Jugendliche, selbst aktiv zu werden.“ Mit dieser Feststellung unterstrich Martin Gerster, MdB, bei der Auftaktpressekonferenz zu WiB 2011 in Anwesenheit von Vizeeuropameister Carsten Schlangen die besondere Bedeutung des Biberacher Meetings für die Region.

Dass dies keine leeren Worte waren, beweist der WiB-Schirmherr und sportpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion jetzt mit einer ganz besonderen Aktion. Auf seine Initiative hin gibt es im Kartenvorverkauf erstmals ein Familienpaket, bestehend aus jeweils zwei Eintrittskarten für Erwachsene und Jugendliche bis 14 Jahre. Alle 4 Karten zusammen kosten im Vorverkauf normalerweise 12 Euro, im speziellen Familienpaket jetzt 5 Euro (an der Tageskasse 22 Euro).

„Sport und Familie gehören für mich einfach zusammen und Sport bietet viele Möglichkeiten für gemeinschaftliche Erlebnisse in der Familie – egal ob aktiv oder als Zuschauer bei Veranstaltungen wie WiB“, erläuterte der Biberacher Politiker seine Idee. „Deshalb möchte ich, dass möglichst viele Familien aus der Region die Gelegenheit haben, Weltklasseleichtathletik einmal live und zum Anfassen zu erleben, nicht nur im Fernsehen. Und mit dem Familienpaket gibt es dieses Erlebnis jetzt zum Superpreis.“

Auch Heinz Hüsselmann, Veranstalter von „Weltklasse in Biberach“, war sofort von Gersters Idee begeistert: „Wir freuen uns auf viele Familien im

Stadion, die die rund 200 Athleten aus über 20 Ländern anfeuern und unterstützen. Gerade für Kinder und Jugendliche ist WiB ein einmaliges Erlebnis.“

Nähere Informationen zu WiB 2011, den genauen Zeitplan und Kurzporträts der diesjährigen Topathleten findet man im Internet unter [www.weltklasse-in-biberach.de](http://www.weltklasse-in-biberach.de)

WiB-Eintrittskarten (auch Tribünenkarten zum Vorverkaufspreis von 12 statt Tageskasse 15 Euro) gibt es ab sofort in der Geschäftsstelle der TG Biberach (Adenauerallee 11, Biberach), im Büro des WiBSchirmherren Martin Gerster, MdB, (Poststraße 7, Biberach, direkt gegenüber dem Bahnhof, Öffnungszeiten Montag bis Freitag 9 bis 13, Donnerstag bis 17 Uhr) sowie online über die WiB Website.

Das Familienpaket ist nur in der TG-Geschäftsstelle und im Büro Martin Gerster erhältlich.

**Biberach, den 10. Juni 2011,**

**Wolfgang Heinzl,  
Büroleiter Bürgerbüro Biberach**

## **MdB Gerster lädt Bürger ein**

BIBERACH – Der Biberacher SPD-Bundestagsabgeordnete Martin Gerster veranstaltet am Donnerstag, 14. Juli, eine Bürgersprechstunde. Ohne Voranmeldung können Bürgerinnen und Bürger in Gesters Wahlkreisbüro zwischen 12 und 14 Uhr mit dem Abgeordneten ihre Anliegen besprechen.

Das Büro liegt gegenüber dem Biberacher Bahnhof in der Poststraße 7,

Telefon 07351/3003000,

Telefax 07351/3003001, E-Mail

[martin.gerster@wk.bundestag.de](mailto:martin.gerster@wk.bundestag.de),

Internet [www.martingerster.de](http://www.martingerster.de).

**Biberach, den 1. Juli 2011**

**Wolfgang Heinzl,  
Büroleiter Bürgerbüro Biberach**

## **Bundestagsabgeordneter kommt**

### **MdB Gerster:**

#### **„Mache in Tannheim Hausbesuche“**

BIBERACH - Der Biberacher SPD-Bundestagsabgeordnete Martin Gerster wird am Mittwoch, 13. Juli, die Gemeinde Tannheim besuchen. Am Nachmittag dieses Tages wird er an Haustüren der Illertalgemeinde klingeln, um mit den Bewohnern ins Gespräch zu kommen.

Gerster hat wieder Rosen und für die Kinder kleine Mitbringsel dabei und will auf diesem Wege auch Menschen treffen, die sich kaum oder nicht für Politik interessieren. „Ich möchte die Anliegen und Wünsche der Menschen aufnehmen und direkt in Kontakt mit den Tannheimern kommen“, teilte der Abgeordnete mit. Außerdem verteilt Gerster Kart-

en, aus denen für zehn Rücksender jeweils eine viertägige Berlinreise mit Begleitperson im Jahr 2012 verlost wird

**Biberach, den 1. Juli 2011**

**Wolfgang Heinzl,  
Büroleiter Bürgerbüro Biberach**

## **Entscheidung über Olympia 2018:**

### **MdB Gerster mit Bundespräsident Wulff in Durban**

Berlin – (ost) Der Biberacher SPD-Bundestagsabgeordnete Martin Gerster begleitet Bundespräsident Christian Wulff (CDU) und Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) diese Woche ins südafrikanische Durban. Dort entscheidet das Internationale Olympische Komitee (IOC) am Mittwoch ob München 2018 die olympischen und paralympischen Spiele ausrichten wird. Neben der bayerischen Landeshauptstadt München, die sich gemeinsam Garmisch-Partenkirchen bewirbt, stehen die südkoreanische Stadt Pyeongchang und das französische Annecy zur Wahl. Insgesamt rund 100 IOC-Mitglieder werden in geheimer Wahl darüber abstimmen. Das Ergebnis wird gegen 17 Uhr erwartet.

Der 39-jährige Biberacher ist in seiner Funktion als sportpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion dabei. Weitere Mitglieder der deutschen Delegation sind unter anderem DOSB-Präsident Thomas Bach, Franz Beckenbauer, die Paralympics-Goldmedaillengewinner Gerd Schönfelder und Verena Bentele sowie die früheren Olympia-Medaillengewinner Rosi Mittermaier und Christian Neureuther.

„Ich reise mit einem guten Gefühl nach Durban“, so Martin Gerster, der im Sportausschuss des Bundestags die Bewerbung seit Jahren intensiv begleitet. „Nach anfänglichen Problemen hat die Bewerbungsgesellschaft eine fulminante Aufholjagd gegenüber dem Favoriten Pyeongchang gestartet“, meint Gerster und hofft, „dass wir die Südkoreaner noch auf der Ziellinie abfangen können“. Lange galten die Koreaner als einzig aussichtsreiche Bewerber, aber München hat –mit dem Aushängeschild Katharina Witt – in den vergangenen Monaten ein hervorragendes Konzept erarbeitet, das im Bereich Nachhaltigkeit und Umweltverträglichkeit Maßstäbe setzt. „Die Zeiten von bombastischen Neubauten, die nach den Spielen keiner mehr braucht, sind eindeutig vorbei“, so Gerster.

Besonders erfreulich sei, dass die Paralympischen Spiele einen wichtigen Stellenwert innerhalb des deutschen Bewerbungskonzepts einnehmen. „Die deutsche Bewerbung hat klar gemacht, dass die Paralympics kein Anhängsel der Olympischen Spiele sind; sie gehören zur olympischen Bewe-

gung dazu – ohne Wenn und Aber. Allein dafür hätte München den Zuschlag verdient.“

Berlin, 05.07.2011

Oliver Stegemann

## **SPD Kreis Ulm MdB Hilde Mattheis**

### **Konsequenzen aus der europäischen Staatsschuldenkrise<sup>1</sup>**

Die hohe Verschuldung der europäischen Mitgliedstaaten ist vor allem eine Folge der Finanzmarktkrise. Diese verursachte mit den Folgekosten für die Bankenrettung, die Bekämpfung der realwirtschaftlichen Krise und dem Rückgang der Steuereinnahmen die extreme Neuverschuldung und die Refinanzierungskrise vieler EU-Staatshaushalte.

Die daraus folgende Krise des Euros verwies aber auch auf eine Reihe gravierender grundsätzlicher und institutioneller Defizite der Europäischen Union. Zur Lösung der europäischen Staatsschuldenkrise ist deshalb ein grundlegender Kurswechsel notwendig:

#### **1. Im Umgang mit europäischen Staatsschuldenkrisen**

- Die Staaten müssen von dem Renditedruck der Finanzmärkte befreit werden. Die Investment-Banken, Rating-Agenturen und Hedge-Fonds dürfen nicht weiter über die Kosten der Staatsfinanzierung bestimmen. Die Bedienung der bestehenden Staatsschulden und die notwendige Neuverschuldung zur Refinanzierung müssen von den Kapitalmärkten entkoppelt werden.

- Kurzfristig müssen den betroffenen Ländern aus dem zeitweiligen und später dauerhaften Stabilitätsmechanismus ESM konditionierte Hilfen gewährt werden, ohne dabei durch untragbare Bedingungen eine echte wirtschaftliche Erholung in diesen Ländern unmöglich zu machen. Überschuldete Länder wie insbesondere Griechenland brauchen eine klare Wachstumsperspektive, um nicht wieder in den Kreislauf von Rezession, steigender Arbeitslosigkeit, sinkenden Steuereinnahmen und wachsendem staatlichem Defizit zu geraten. Das liegt auch im ureigenen Interesse Deutschlands, denn die Defizitländer sind wichtige Handelspartner.

- Als Zeichen der Geschlossenheit und des Willens der Europäischen Union, auch kritische Situationen

gemeinsam zu meistern, sind noch dieses Jahr konditionierte Gemeinschaftsanleihen – sog. „Eurobonds“ – einzuführen, die dazu beitragen, einen Teil der Staatsschulden zu refinanzieren. Sie vergrößern diese Refinanzierung überschuldeten europäischen Staaten, stabilisieren damit die betroffenen Volkswirtschaften und senken für Deutschland sowie die anderen Kreditgebernationen die potenziell notwendigen „bail-out-Kosten“.

- Während sich nicht nur in Deutschland die Erkenntnis durchsetzt, dass der Prozess der Entstaatlichung endlich ein Ende haben muss, wird gleichzeitig und in teilweise polemischer Art und Weise eine umfassende Privatisierung von Staatseigentum in Griechenland diskutiert. Doch dieser Weg ist kontraproduktiv, wenn er nur auf den kurzfristigen Effekt zielt und langfristig dem griechischen Staat die Möglichkeit nimmt, in eigener Verantwortung für seine Bürgerinnen und Bürger in zentralen Feldern der Daseinsvorsorge die Zukunft zu gestalten.

- Zur Lösung der Schuldenkrise in den Ländern mit überhöhten Staatsdefiziten ist die Beteiligung privater Gläubiger an den Krisenlasten notwendig. Risiko und Haftung gehören zusammen. Deshalb müssen langfristig die einzelnen Gläubiger und der Finanzsektor insgesamt an den Kosten der Refinanzierung der Schuldnerstaaten beteiligt werden. Ein Weg ist es, den Staaten die Möglichkeit zu geben, ihre eigenen Staatsanleihen von den Investoren mit einem Abschlag zurückzukaufen. Darüber hinaus brauchen wir insbesondere für Griechenland einen intelligenten Schuldenerlass, der neben einem Forderungsverzicht der Gläubiger auch die Möglichkeit einer „sanften Umschuldung“ durch Verlängerung der Kreditlaufzeit und Zinsnachlässe umfasst. Ein solcher Schritt kann aber nur dann beschränkt werden, wenn die Refinanzierung der betroffenen Staaten durch die Einführung von „Eurobonds“ gesichert ist.

#### **2. In der deutschen, europäischen und weltweiten Finanzmarktregulierung**

- Die gesamte Finanzwirtschaft gehört wieder unter die staatliche Aufsicht – es darf keine unregulierte Zonen mehr geben. Das Bankgeschäft muss auf seinen eigentlichen Dienstleistungskern zurückgeführt werden. Wegen der grundlegenden Bedeutung der Finanzwirtschaft für die Gesamtwirtschaft und die Existenz des Staates muss auch eine Reorganisation des gesamten Wirtschaftsgefüges stattfinden.

- Es gilt, die Hauptverantwortlichen für die Finanz- und Wirtschaftskrise endlich an ihren enormen Kosten zu beteiligen. Eine Finanztransaktionssteuer in Höhe von 0,05 Prozent auf alle börslichen und außerbörslichen Transaktionen ist hierfür der richtige Weg. Für die Finanztransaktionssteuer spricht aber nicht nur ihr fiskalischer Effekt, sondern in gleichem Maße auch ihre Lenkungswirkung. Uner-

<sup>1</sup> Dieses Papier ist aus der Diskussion der Parlamentarischen Linken der SPD-Bundestagsfraktion (PL) entstanden; ein Entwurf wurde beim PL-Mittagstisch am 24. Mai 2011 erstmals beraten.

wünschte Aktivitäten werden deutlich zurückgedrängt, Spekulationen beschränkt und somit die Größe des aufgeblähten Finanzsektors insgesamt verringert.

- Eine Lehre aus der Krise ist, dass der Staat und die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler nie wieder in Geiselhaft der Banken und Spekulanten genommen werden dürfen. Deshalb brauchen wir ein spezielles Insolvenzrecht für alle Finanzmarktakteure – auch und insbesondere für systemisch relevante Banken und Versicherungen. „Too big to fail“ oder „too interconnected to fail“ darf es nicht mehr geben. Die hierfür nötigen Instrumente liegen auf dem Tisch und müssen endlich umgesetzt werden: Weit über die Vorgaben der Basel-III-Beschlüsse hinausgehende Eigenkapitalzuschläge für sog. Systemrelevante Institute, die Formulierung von Abwicklungsverfahren (living wills) und ein organisatorisches („retail-ring-fence“) Trennbankensystem nach dem Vorschlag der britischen „Independent Banking Commission“ oder die strikte Trennung des Privat- vom Investmentbankgeschäft. Große transnationale Banken müssen unter eine transnationale Aufsicht gestellt werden.

- Wir fordern die Entwicklung und Förderung eines europäischen öffentlichen Finanzsektors. Er kann die Gefahr der Erpressbarkeit reduzieren. Nur eine zu entwickelnde Marktmacht eines öffentlich kontrollierten Finanzsektors kann dem privat organisierten Finanzbereich die notwendigen disziplinierenden Grenzen setzen. Dazu gehört auch die Gründung einer europäischen Ratingagentur. Das strikte Verbot der direkten Finanzierung der öffentlichen Hand durch die EZB ist aufzuheben.

- Das System der Landesbanken in Deutschland muss saniert und neu geordnet werden. Die Landesbanken sollen eingebettet werden in einen koordinierten Ausbau und Verbund von öffentlichen Banken und Sparkassen aller EU-Mitgliedsländer. Dieser europaweite öffentliche Bankensektor braucht entsprechend demokratisch legitimierte Organisations- und Aufsichtsstrukturen. Der Verbund von öffentlichen Banken und Sparkassen muss in der Lage sein, auch für Großunternehmungen auf europäischer Ebene entsprechende Kredite zur Verfügung stellen zu können. Er ist auch deshalb erforderlich, um für große Investitions- und Infrastrukturvorhaben auf europäischer Ebene verlässlich Kredite zur Verfügung zu stellen.

- Mit Schattenbanken, Hedge-Fonds, Private-Equity-Gesellschaften und dem Grauen Kapitalmarkt existieren weiterhin Quellen für die Gefährdung der Stabilität des nationalen und internationalen Finanzsystems. Unser Anspruch und unser Ziel bleiben deshalb: Kein Markt, kein Akteur und kein Produkt dürfen in Zukunft unreguliert und unüberwacht sein.

- Ein ausschließlich von den Banken finanzierter, zeitnah auf eine angemessene Zielgröße zu schaffender Rettungsfonds für die gesamte Branche, der in der Lage ist, den Restrukturierungsprozess von in Schieflage geratenen Banken ohne zusätzliche Steuermittel zu finanzieren und damit deutlich über die derzeit geplante sog. Bankenabgabe hinausgeht.

- Regeln zu schaffen, damit sich die Einkommen der Vorstände von Unternehmen nicht weiter von denen der Belegschaft entfernen; darüber hinaus muss die steuerliche Abzugsfähigkeit von Vorstandsvergütungen und –abfindungen begrenzt werden.

### **3. In der Gestaltung der europäischen Lohn-, Sozial-, Wirtschafts- und Steuerpolitik**

- Der Konstruktionsfehler des Euros muss behoben werden. Zu einer Währungsunion gehört eine europaweit abgestimmte Wirtschaftspolitik mit tendenziell ausgeglichenen Leistungsbilanzen zwischen den Mitgliedstaaten. Eine dauerhafte Stabilisierung von Defizitländern kann nur gelingen, wenn die EU-Länder mit Leistungsbilanzüberschüssen durch eine gezielte Fiskalpolitik und produktivitätsorientierte Lohnpolitik die inländische Nachfrage stimulieren und nicht weiter - wie zum Beispiel Deutschland durch extrem niedrige Lohnzuwächse bei teilweise sogar sinkenden Reallöhnen - ihre Wettbewerbsposition zulasten anderer Mitgliedstaaten steigern und damit in gleichem Maße die heimischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer benachteiligen.

- Flankiert werden muss dies gleichzeitig mit der gezielten Unterstützung der Länder mit Leistungsbilanzdefiziten durch ein europäisches Wachstumsprogramm, das eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung in diesen Ländern ermöglicht. Über den existierenden europäischen Regional- und Strukturfonds hinaus, ist dabei insbesondere die Europäische Investitionsbank gefordert, Zukunftsfelder zu identifizieren und den Defizitländern die Schaffung einer wettbewerbsfähigen, innovativen und wissensbasierten europäischen Wirtschaft zu ermöglichen.

- Wir brauchen europaweit eine stärkere haushaltspolitische Koordinierung und eine stärkere Überwachung der nationalen Haushalte. Dazu sind auch die zuständigen europäischen Institutionen wie das Europäische Statistikamt Eurostat und der Europäische Rechnungshof in die Lage zu versetzen, zeitnah zu informieren und damit wirksame Maßnahmen zu ermöglichen.

- Der Grundsatz muss lauten: Kein Land darf über, aber auch nicht unter seinen Verhältnissen leben. Wir brauchen daher eine stärkere Koordinierung der europäischen Lohnpolitiken, die unter Beacht-

ung der Tarifautonomie dafür Rahmenbedingungen schafft. Eingebettet in einen sozialen Stabilitätspakt ist dazu auch das Prinzip eines flächendeckenden Mindestlohnes in den einzelnen Mitgliedstaaten festzuschreiben, der sich am jeweiligen nationalen Durchschnittseinkommen orientiert. Daneben müssen die sozialen Sicherungssysteme europaweit insgesamt besser koordiniert werden.

- Nicht nur in Deutschland ist in den letzten Jahren das Instrument niedriger Unternehmenssteuern als Mittel zu Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit eingesetzt worden. Wir müssen deshalb die nationalen Steuerpolitiken EU-weit besser koordinieren. Steuerdumping darf kein Mittel im Standortwettbewerb sein. Niedrigsteuersätze lassen vor allem internationale Konzerne und Vermögende profitieren. Wir brauchen dagegen Mindestsätze und Mindeststandards wie die angemessene Harmonisierung der Körperschaftsbemessungsgrundlage.

#### **4. In der Zukunft unseres Wirtschafts- und Wachstumsmodells**

- Die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise, die sich zu einer Schuldenkrise ausgeweitet hat, ist auch ein Symptom unserer gesellschaftlichen Krise. In der Folge werden nun die Rechnungen für das Streben nach unbegrenztem Wirtschaftswachstum auf Pump, die Gier nach maximaler Rendite und nach maßlosen Profiten geschrieben. Die notwendige Schaffung verbesserter internationaler Mechanismen zur Regulierung der globalisierten Wirtschaft wird deshalb nur auf Grundlage eines neuen Verständnisses einer sozialen und nachhaltigen Wirtschaftsordnung gelingen, in der die Wachstumskurve nicht mehr der einzige Wohlstandsindikator ist.

Ziel dieses nachhaltigen Wachstumsmodells kann nur eine Wirtschaftsentwicklung im Gleichgewicht zwischen Lohn- und Gewinnentwicklung, zwischen Binnen- und Außenwirtschaft, zwischen Ökologie und Ökonomie sein.

- Neben der europäischen Koordinierung muss auch in Deutschland der Umstieg auf ein neues Wirtschaftsmodell zur Korrektur der außenwirtschaftlichen und innergesellschaftlichen Ungleichgewichte beginnen. Dazu brauchen wir den gesetzlichen Mindestlohn, grundlegende arbeitsmarktpolitische Korrekturen und die Zurückdrängung atypischer Beschäftigung, eine Stärkung der Normalarbeitsverhältnisse und eine neue Investitionskultur.

Unsere politische Vision ist die ökologisch fundierte Wissensgesellschaft in einem nachhaltigen wirtschaftlichen Umfeld: Ihre Säulen sind Demokratisierung, soziale Sicherung, ökologische Industriepolitik sowie ein Wirtschaftsmodell, das auf einem starken Binnenmarkt und stabilen und verlässlichen Finanzmärkten basiert.

**Berlin im Mai 2011**

**Dr. Carsten Sieling**, MdB, Stellv. Sprecher der Parlamentarischen Linken der SPD-Bundestagsfraktion  
**Hilde Mattheis**, MdB, Mitglied des erweiterten Vorstands der Parlamentarischen Linken der SPD-Bundestagsfraktion

## **Bahnhöfe müssen barrierefrei werden**

*Die Deutsche Bahn plant 2012 im Bahnhof Erbach Aufzüge einzubauen, um einen stufenfreien Zugang ermöglichen. Dazu erklärt die Bundestagsabgeordnete Hilde Mattheis:*

Der Bahnhof in Erbach soll nun endlich barrierefrei werden. Das begrüße ich sehr. Die Bahn hat auf Nachfrage bestätigt, dass noch 2012 ein Aufzug gebaut werden soll, um einen stufenfreien Zugang zum Bahnsteig zu ermöglichen. Doch bei anderen Bahnhöfen in der Region sind noch immer keine entsprechenden Maßnahmen geplant. Auch die Bahnhöfe in Allmendingen, Beimerstetten, Blaubauern und Schelklingen müssen endlich ohne Stufen zugänglich sein.

Die Möglichkeit zu reisen muss allen Menschen unabhängig von ihrer Lebenslage offenstehen – ob älteren Menschen, jungen Müttern mit Kinderwägen, Menschen mit Handicap oder Reisenden mit schwerem Gepäck oder Fahrrädern. Eine umfassende Barrierefreiheit ist eine zentrale Forderung der UN-Behindertenrechtskonvention, die seit März 2009 geltendes Recht ist.

**15. Juni 2011**

**Büro Hilde Mattheis, MdB**

## **Persönliche Erklärung nach § 31 GO zum Gesetzentwurf der Fraktionen CDU/CSU und FDP:**

**Entwurf eines dreizehnten Gesetzes zur Änderung des Atomgesetzes (Drs. 17/ 6070 vom 6.06.2011)**

**117. Sitzung Donnerstag 30.06.2011 TOP 4**

Der von der Bundesregierung und den Regierungsfractionen vorgelegte Gesetzentwurf zur Stilllegung von Atomkraftwerken in Deutschland ist unzureichend. Dem Gesetzentwurf kann ich nur deshalb zustimmen, weil die Fraktion der SPD zeitgleich einen Antrag einbringt, in dem die Unzulänglichkeiten der Bundesregierung benannt werden und der eine Perspektive für einen weitergehenden Atomausstieg benennt.

Das 13. Änderungsgesetz zum Atomgesetz sieht vor, dass ein Großteil der Siedewasserreaktoren (SWR) in Deutschland mit sofortiger Wirkung vom Netz bleiben soll. Nur zwei der risikoreichen Reaktoren sollen nach dem Willen der Bundesregierung

ung bis Ende 2017 bzw. Ende 2021 am Netz bleiben: Die Meiler Gundremmingen B und C. Von Siedewasserreaktoren geht unbestritten ein noch höheres Sicherheitsrisiko aus als von Druckwasserreaktoren. Sie haben nur einen Hauptkreislauf; der Dampf gelangt von dem Brennelementen unmittelbar zum Generator im Maschinenhaus. Dabei wird eine stärkere Radioaktivität freigesetzt als bei Druckwasserreaktoren.

Auch die Abklingbecken der Siedewasserreaktoren sind deutlich ungeschützter als in Druckwasserreaktoren, da sie sich außerhalb des Reaktor-Sicherheitsbehälters befinden. Bei einer Explosion lägen sie ungekühlt völlig frei - wie das beim Reaktor 4 in Fukushima passiert ist.

Es wäre geboten, alle Siedewasserreaktoren in Deutschland abzuschalten. Stattdessen sollen sie nach den Plänen der Bundesregierung noch bis 2017 bzw. 2021 und damit bis zu sechs Jahre länger laufen als im Jahr 2001 bereits beschlossen. Das ist unverantwortlich und nicht nachvollziehbar. Deshalb plädiere ich dafür, beide Reaktoren in Gundremmingen sofort vom Netz zu nehmen.

Meine Fraktion macht in ihrem Antrag „Die Energiewende zukunftsfähig gestalten“ (Drs. 17/6292) deutlich, dass eine Beschleunigung des Atomausstiegs nötig und möglich ist. Die Ethik-Kommission hat dazu den Vorschlag eines jährlichen Monitorings vorgelegt. Ich bin überzeugt: Nur eine Energieversorgung, bei der Erneuerbare Energien dominieren, stellt eine wirkliche Energiewende dar. Deshalb ist die Maxime der Bundesregierung, sich auf den Maximallaufzeiten auszuruhen, falsch. Stattdessen ist jährlich zu prüfen, inwieweit die noch laufenden Atomkraftwerke überhaupt zur Versorgung erforderlich sind und der Atomausstieg beschleunigt werden kann. Die Abschaltung von Gundremmingen B und C muss angesichts des von ihnen ausgehenden Sicherheitsrisikos dabei oberste Priorität haben. Dafür werde ich mich weiterhin einsetzen.

Jenseits des verantwortungslosen Umgangs der Bundesregierung mit den BewohnerInnen bin ich der Überzeugung, dass die Stilllegung alter Meiler und die Rücknahme der Laufzeitverlängerung als erster Schritt notwendig ist.

Berlin, den 30. Juni 2011 Hilde Mattheis, MdB

### **SPD-Parteireform:**

## **Nur Bekämpfung der Symptome statt der Ursachen**

**21.6.2011 - Am Wochenende hat das Forum Demokratische Linke 21 in Baden-Württemberg über die Vorschläge der SPD-Partei-führung zur Parteireform diskutiert. Im Forum Demokratische Linke 21 organisiert**

### ***sich die Parteilinke innerhalb der SPD. Dazu erklärt der SprecherInnenkreis der Demokratischen Linken 21 Baden-Württemberg:***

Die SPD debattiert immer dann über ihre Parteistrukturen, wenn gute überzeugende Inhalte fehlen. Die SPD wurde bei der Bundestagswahl 2009 nicht wegen ihrer Strukturen, sondern wegen ihrer Regierungspolitik abgewählt. Mitglieder treten in erster Linie nicht wegen schlechter Strukturen, sondern wegen schlechter Politik aus der SPD aus. „Wenn die SPD wieder glaubwürdig und überzeugend für eine sozial gerechte Politik streitet, werden auch mehr Menschen SPD-Mitglied, mehr Mitglieder aktiv“, erklärt der SprecherInnenkreis des Forums Demokratische Linke 21 in Baden-Württemberg. „Die Zusammenarbeit mit Bündnispartnern wie den Gewerkschaften wird nicht besser, wenn die SPD eine bessere Zusammenarbeit beschließt, sondern nur wenn die SPD wieder sozial gerechte Inhalte vertritt. Statt über eine mögliche Urwahl des Kanzlerkandidaten zu debattieren, sollte die SPD besser ihre Renten-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik korrigieren“, so der SprecherInnenkreis.

Es ist richtig, dass es in der SPD auch strukturelle Veränderungen geben muss, diese müssen aber zu einer Stärkung der Mitglieder und nicht zu einer Entwertung der Parteimitgliedschaft führen. Die SPD bietet ihren Mitgliedern oft zu wenig Mitwirkungsmöglichkeiten und zu wenig Unterstützung bei ihrer Arbeit. Vieles wird nur über die Medien von oben nach unten durchgesetzt. Schon das Verfahren und der Zeitplan für die geplante Parteireform zeigen, dass hier noch ein weiter Weg vor uns liegt.

Die Vorschläge der Parteiführung gehen aus Sicht der SPD-Linken in Baden-Württemberg in eine falsche Richtung oder an den tatsächlichen Problemen vorbei. Ziel einer Parteireform muss die Stabilisierung und Stärkung der Strukturen vor Ort sein. Die Ortsvereine sind der Ort, wo die Mitglieder zur Diskussion zusammenkommen, über die die Partei vor Ort und in der Kommunalpolitik verankert wird. Statt Ortsvereine aufzulösen, wie es das Konzept der Parteiführung vorsieht, müssen sie gestärkt werden.

Das Hauptproblem der SPD ist auch nicht, dass Bürgerinnen und Bürger ohne Parteibuch zu wenige Mitsprachemöglichkeiten bei Personalentscheidungen und Inhalten haben. Über Inhalte wird schon vielerorts in der SPD offen diskutiert und weitere Angebote sind sinnvoll.

Das Votum über Kandidaturen muss auch zukünftig den Parteimitgliedern vorbehalten bleiben.

**Kontakt: Hilde Mattheis, MdB Platz der Republik 1  
11011 Berlin**

## SPD Kreis Ravensburg

### Arbeitskreis ChristInnen und SPD Bodensee/Oberschwaben:

#### Nächstes Treffen:

**Dienstag, 12. Juli 19.30 Uhr**

Evangelische Kirche Ravensburg-  
Weissenau, Abteistraße

(hinter der und unter einem Dach mit der  
katholischen ehem. Klosterkirche St. Peter  
und Paul Weissenau.

#### **Themen:**

- 1.) Unser Selbstverständnis als AK
- 2.) Rückblick Ev. Kirchentag Dresden  
(Stand des AK Christen in der SPD auf  
dem Markt der Möglichkeiten)
- 3.) Weitere Planung

Anschließend Treffen im griechischen  
Gasthaus Dionysos, Weissenau  
Es lädt ein:

Hans-Dieter Schäfer

## BayernSPD SPD Kreisverband Lindau



#### Neue Aufgaben für MdL Dr. Wengert:

### Künftig im „Königsausschuss“/Weiterhin Tourismuspolitischer Sprecher

Im Rahmen der Um- und Neubesetzung des  
Fraktionsvorstands und der Arbeitskreise  
der SPD-Landtagsfraktion zur Mitte der  
Legislaturperiode des Bayerischen Landtags  
hat auch der Allgäuer SPD-Abgeordnete  
und bisherige Wirtschaftspolitische Sprech-  
er Dr. Paul Wengert neue Aufgaben über-  
nommen. Nach zweieinhalbjähriger Tätig-  
keit im Ausschuss für Wirtschaft, Infra-

struktur, Verkehr und Technologie wechselt  
Wengert nun in den Ausschuss für Staats-  
haushalt und Finanzfragen. Dort über-  
nimmt er die Berichterstattung bzw. Mitber-  
ichterstattung für die Budgets der Staats-  
bauverwaltung und des Wirtschaftsminis-  
teriums sowie für die Bereiche Allgemeinen  
Finanzverwaltung, Kommunalen Finanz-  
ausgleich und Sonderprogramme des Frei-  
staats, wie etwa der Hightech-Offensive.  
Außerdem übernimmt Wengert die SPD-  
seitige Betreuung der Hochbauvorhaben in  
Schwaben und Oberbayern.

„Ich freue mich auf meine neuen Aufgaben und bin  
am Mittwoch schon mal im Haushaltsausschuss  
Probe gesessen, nachdem dort ein Gesetzentwurf  
beraten wurde, an dem ich maßgeblich mitgewirkt  
habe, nämlich für ein Bayerisches Vergabegesetz.“  
Weil der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanz-  
fragen der einzige beschließende Ausschuss des  
Bayerischen Landtags ist und alle Anträge und  
Gesetzesvorhaben, die Auswirkungen auf den  
Haushalt haben, dort beraten werden, gilt er als  
„Königsausschuss“.

„Was den Kommunalen Finanzausgleich und die  
staatlichen Leistungen an die Kommunen betrifft,  
kann ich auf meine rund 25jährige Erfahrung in der  
Kommunalpolitik als Gemeinde- und Kreisrat so-  
wie als Erster Bürgermeister und Oberbürgermeis-  
ter bauen und freue mich natürlich auf die Kontakte  
zu meinen früheren Amtskolleginnen und -kollegen  
und die Vertreter der kommunalen Spitzenverbän-  
de“, so Wengert weiter.

Seine Funktion als Tourismuspolitischer Sprecher  
der SPD-Landtagsfraktion wird der Allgäuer Abge-  
ordnete auch in der zweiten Hälfte der Wahlperiode  
weiter ausüben. „Hier gibt es angesichts der zuneh-  
menden Konkurrenz anderer Ferienzeile viel zu tun.  
Gerade im Gesundheitsbereich lassen sich aber  
noch viele Potenziale erschließen, um den Wettbe-  
werbern vor allem aus unseren östlichen Nachbar-  
ländern Paroli zu bieten und auch das Thema Barri-  
erfreiheit erlangt zunehmend an Bedeutung; hier  
gibt es noch viel zu tun“, so der SPD-Tourismus-  
experte, der viele Jahre auch stellvertretender Vor-  
sitzender des Tourismusverbands Allgäu/Bayerisch  
Schwaben und Verwaltungsratsvorsitzender der Re-  
gio Augsburg Tourismus GmbH war.

Füssen, 10. Juni 2011

Büro Dr. Paul Wengert, MdL

**Ein höchst bemerkenswertes Angebot  
schickt uns Genosse Martin Jopke aus  
Grünkraut bei Ravensburg**

## **Bahnreise durch die Schweizer Bergwelt vom 29.9 bis 3.10.2011**

Fast jeder denkt bei diesen Worten automatisch an den **Glacier-Express**. Doch trotz seiner Berühmtheit ist er nur ein Bruchteil der Schweizer Bahnen. Bei der nachfolgend beschriebenen Reise ist die Bahn nicht nur ein Transportmittel um von einem Ort zum anderen zu gelangen, sondern Sie erleben die Schweizer Bergwelt wie auf einem Kinossessel. Dieses Erlebnis vermitteln aber nicht nur die schmalspurigen Bergbahnen, die vielfach mit Hilfe von Zahnstangen spektakuläre Bahntrassen erklimmen, auch normalspurige Hauptbahnen wie der **Voralpenexpress**, die **Gotthardbahn** oder die **Lötschbergstrecke** führen durch herrliche Täler und über anspruchsvolle Steilrampen, sie queren lange Viadukte, fahren über hohe Brücken, durch lange Tunnels und stellen so Verbindungen her, die mit dem Auto in vergleichbarer Zeit nicht zu schaffen sind. Sie können dieses Erlebnis bei einer fünf-tägigen Bahnreise genießen.

Um einen besonderen Höhepunkt der Reise zu beschreiben, ist ein kleiner Rückblick notwendig. Als im Herbst 1981 der letzte planmäßige Zug auf der Strecke Oberwald - Realp den Furkapaß überquerte hatte, schien das Schicksal dieser Bergstrecke mit dem Blick auf den Rhonegletscher besiegelt. Seit 1982 verbindet ein 15 Kilometer langer Tunnel die beiden Orte, und der Glacier-Express kann den Blick, dem er seinen Namen verdankt, seither nicht mehr bieten. Der Initiative von Eisenbahnenthusiasten ist es zu verdanken, dass nach 28 Jahren durch tausende Stunden Fronarbeit und enorme Geldspenden dieses einmalige technische Denkmal in Etappen wieder hergestellt wurde. Mit originalen Dampflokomotiven, die einst nach der Elektrifizierung der Strecke nach Vietnam verkauft wurden, im Hochland von Da Lat den Vietnamkrieg überlebten, und 1990 zurück in die Schweiz geholt wurden, können seit dem 12. August 2010 wieder Züge über die gesamte alte Bergstrecke fahren. Diese Fahrt ist Teil unserer Reise. **Das nachfolgende Programm informiert Sie über den geplanten Reiseverlauf.**

### **Hinfahrt bis Brig am ersten Tag**

Anreise nach Friedrichshafen. Fahrt mit der Fähre über den Bodensee nach Romanshorn. Von Romanshorn mit dem Voralpenexpress nach Arth-Goldau. Dort steigen wir um und fahren mit der Zahnradbahn auf die Rigi. Nach kurzem Aufenthalt fahren wir mit der zweiten Rigibahn hinab nach Vitznau, wo kurz darauf der Raddampfer zur Wie-

terfahrt über den Vierwaldstättersee anlegt. Während des Mittagessens bringt er uns bis Flüelen an der Gotthardbahn, mit der wir die Alpen in Richtung Tessin überqueren, um nach Locarno am Lago-Maggiore zu gelangen. Von dort fahren wir mit der Centovallibahn ins italienische Domodossola. Nach einem letzten Umsteigen fahren wir durch den Simplontunnel nach Brig im Wallis, dem Zielort des ersten Reisetages an dem wir auch drei Nächte verbringen.

### **Zweiter Tag**

Rundfahrt Rhonetal - (Chamonix/Mont Blanc oder Rochers-de-Naye) - Montreux-Oberland-Bahn

### **Dritter Tag**

Berner Oberland mit Briener Rothorn, und Kleine Scheidegg.

### **Vierter Tag**

Auf der Strecke des Glacier-Express fahren wir von Brig durch das Goms bis Oberwald, und weiter mit dem Dampfzug über die alte Furkabergstrecke bis nach Realp. Mit einem Zug der Matterhorn-Gotthardbahn führt die Fahrt weiter über den Oberalppass nach Disentis, und weiter mit der Rhätischen Bahn durch das Vorderrheintal (Rheinschlucht) nach Chur (Übernachtung)

### **Fünfter Tag**

Über die Albula-Bahn, die seit 2010 zum Weltkulturerbe zählt, fahren wir nach St.Moritz/Pontresina wo der Übergang auf die Bernina-Bahn erfolgt, die uns durch das Puschlav ins italienische Tirano bringt. Nach dem Aufenthalt fahren wir zurück nach Chur und weiter durch das Rheintal über St. Margrethen, Bregenz und Lindau zurück nach Friedrichshafen bzw. Ravensburg

Der **Grundpreis beträgt € 590.-**für folgende Leistungen: 4 Übernachtungen im DZ mit Halbpension; Fahrkarte 2.Klasse für 5 Tage (In Zweiergruppen für Bahn, Bus und Schiff im gesamten öffentlichen Schweizer Verkehrsnetz incl.50% Ermäßigungsanspruch für die nicht enthaltenen Bergstrecken ohne DFB). Platzreservierung; Reiseleitung; Organisation der zusätzlichen Bergbahnfahrten. Für die zusätzlichen Fahrten mit Bergbahnen, Zuschläge und Gepäcktransport sind ca. € 150.- einzuplanen. Dieser Betrag ist abhängig von den tatsächlich genutzten Angeboten und wird während der Reise abgerechnet. Die Restüberweisung kann deshalb erst nach der Reise erfolgen.

#### **Anmeldung und Information bei:**

**Martin Jopke** 88287 Grünkraut Liebenhofstr.17  
Tel.0751/66138 oder Mobil: 0151 / 12439218. E-Mail [martin-jopke@versanet.de](mailto:martin-jopke@versanet.de)

Bestandteil der Anmeldung ist die Überweisung des Grundpreises von € 590.- auf das Konto 18 247 407 bei der **Volksbank Weingarten** BLZ 650 916 00  
**Kennwort: Schweizreise 2011**

Eine baldige Anmeldung ist wichtig, da die Reise nur durchgeführt werden kann, wenn bis **31.7.2011** mindestens 20 Anmeldungen erfolgt sind. Nachmeldungen sind möglich soweit zusätzliche Zimmer verfügbar sind.  
(Preise und Programm vorbehaltlich der Reservierungszusagen)

**Rechtlicher Hinweis:** Die Organisation der Reise erfolgt auf privater Basis zum Selbstkostenpreis ohne Absicht einer Gewinnerzielung. Die Buchung der Reise erfolgt über die **STC GmbH** mit Sitz in Stuttgart, einem Tochterunternehmen der **SBB** und weiterer Schweizer Bahnen. Deren Vertragsbedingungen werden mit der Anmeldung anerkannt.

**Martin Jopke**

## **Fortsetzung von Seite 7**

### **OV Markdorf:**

#### **Vorstand**

Donnerstag, 14.07.2011, 20:00 Uhr - 22:30 Uhr.  
Ort: Krone

#### **Sommerfest des Ortsvereins**

Samstag, 30.07.2011, 13:00 Uhr  
Ort: **Turnerheim**

### **OV Meersburg:**

#### **Hock**

Donnerstag, 14.07.2011, 20:00 Uhr  
Im Truben

### **OV Überlingen:**

#### **Montag 18.7.2011**

#### **parteiöffentliche Vorstand- und Fraktionssitzung**

Zeit: 19:00

#### **Mitgliederversammlung**

Zeit: 20:00

Themen:

1. Aktualisierung der Satzung des Ortsvereins,
2. Diskussion der Vorschläge zur Parteistrukturreform

Ort: Nebenzimmer des Gasthauses Krone, Münsterstraße

### **Jusos Bodenseekreis:**

#### **IUSY- Festival**

Montag, 25.07.2011, 10:00 Uhr - Sonntag, 31.07.2011, 18:00 Uhr. Ort: Attersee / Österreich

### **SBI:**

**09.09.2011**

### **Verleihung des Prix Wasserfrau 2011**

um 18 Uhr in Bregenz-City, Hotel Messmer

an die **Mädchen des Vereins Amazone**, Bregenz

### **Aufgelesen**

„Vom früheren SPD Fraktionschef Peter Struck stammt das Bonmot, man dürfe der Bundeskanzlerin getrost auch das Steuer eines Verkehrsflugzeuges anvertrauen, wenn den Passagieren nur egal sei, wo sie landen.“

Am 31. März aufgeschnappt im Leitartikel des Haller Tagblatts.

**Von Europa-Aktuell Mai 2011**

## **Zuletzt eingegangene Nachrichten:**

### **Evelyne Gebhardt:**

### **„Roaming-Abzockern endlich den Geldhahn zudrehen“ Ab Juli 2012 sollen Roaminggebühren weiter fallen**

Smartphones und Tablets liegen voll im Trend. Auf immer mehr Reisende wartet deshalb nach ihrer Rückkehr aus dem Ausland eine unangenehme Überraschung in Form einer schwindelerregend hohen Rechnung.

Diesen Mittwoch veröffentlichte die Europäische Kommission nun ihren Vorschlag diesem unsinnigen Abkassieren Einhalt zu gebieten. „Der Vorschlag der Kommission zielt in die richtige Richtung“, freut sich die Verbraucherschutzexpertin des Europäischen Parlamentes, Evelyne Gebhardt aus Muldingen. „Es wird höchste Zeit den Roaming-Abzockern den Geldhahn zuzudrehen.“

Tatsächlich sollen Roaminggebühren für das Surfen im Internet von Juli 2012 an mit höchstens 90 Cent pro Megabyte schrittweise bis Juli 2014 auf nur noch 50 Cents pro Megabyte gesenkt werden. Auch für Anrufer aus dem europäischen Ausland wartet die Europäische Kommission mit guten Nachrichten auf. Ab 2014 sollen Gespräche aus anderen Mitgliedstaaten statt wie bisher 35 Cent/Min. nur noch höchstens 24 Cent/Min. kosten, während

SMS-Nachrichten von 11 Cent auf maximal 10 Cent herabgesetzt werden.

„Gerade die überfällige Regulierung der Roaminggebühren auch für Datentransfers zeigt anschaulich, wie wichtig die Europäische Union für den Verbraucher und die Verbraucherin inzwischen geworden ist“, erklärt Gebhardt.

Sie bedauert nur, dass die Höchstpreise im vorliegenden Vorschlag nicht noch weiter gesenkt wurden. „In den nächsten Jahren wird das mobile Internetsurfen in noch viel größerem Ausmaß mit unserem Alltag verflochten sein. Daher werde ich mich im anstehenden Gesetzgebungsverfahren für eine weitere Senkung der Roaminggebühren einsetzen.“

Sowohl das Europäische Parlament als auch der Rat der Europäischen Union werden sich demnächst mit dem Vorschlag der Europäischen Kommission befassen. „Ich werde mich im anstehenden Gesetzgebungsverfahren für eine weitere Senkung der Roaminggebühren einsetzen und hoffe auf eine rechtzeitige Einigung möglichst im Frühjahr 2012“, zeigt sich die Europaabgeordnete optimistisch.

**Straßburg, 06.07.2011 Für weitere Informationen:**  
**Evelyne Gebhardt und Algara Stenzel**  
(Pressesprecherin)

## Pressemitteilung der Jusos Biberach

Am letzten Wochenende war die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Baden-Württemberg in Osterburken, Neckar-Odenwald-Kreis. Auch die Jusos aus Biberach waren mit ihren drei Delegierten, Frederic Striegler, Stefan Gretzinger und Eva Neubert, vertreten. Ebenso mit angereist waren Cécile Heléne und Robin Mesarosch.



**Frederic Striegler bei seiner Bewerbungsrede zum Stellv. Landesvorsitzenden der Jusos BaWü**

Frederick Brütting wurde mit 67% als Landesvorsitzender bestätigt. Ebenso wurde Frederic Striegler wieder als stellvertretender Juso-Landesvorsitzender wieder gewählt. Seine Kollegen sind: Mark Zanger, Benni Köpfler, Mark Fischer, Judith Grem-

melpacher, Luisa Boos, Theresa Gassmann und Amely Krafft.

Die Jusos Biberach wünschen dem neu gewählten Landesvorstand alles Gute für das kommende Arbeitsjahr.

**06.07.2011**  
**Frederic Striegler**  
Stellv. Landesvorsitzender Jusos BaWü

### Schwesig:

## Schwarz-Gelb ist nur halbherzig gegen Kinderarmut aktiv

Zum heute veröffentlichten Staatenbericht der Vereinten Nationen erklärt die stellvertretende SPD-Parteivorsitzende, die Ministerin für Soziales und Gesundheit in Mecklenburg-Vorpommern, Manuela Schwesig:

Die Ergebnisse des heute veröffentlichten Staatenberichts der Vereinten Nationen sind beschämend für ein wirtschaftlich so starkes Land wie Deutschland. Die Studie belegt einmal mehr, dass jeder vierte Schüler hierzulande ohne Frühstück zur Schule geht. Vor allem Kinder aus armen Familien sind in besonderem Maße betroffen. Die Zahlen sind ein Armutszeugnis.

Schwarz-Gelb nimmt den Kampf gegen die Kinderarmut nicht ernst und belässt es bei Lippenbekenntnissen. Nach dem rot-grünen Ganztagschulprogramm und dem Kita-Ausbau der Großen Koalition fehlt bei dieser Bundesregierung jegliche Anstrengung für ein Infrastrukturprogramm für bessere Bildung und Betreuung der Kinder.

Die Vorschläge der SPD liegen auf dem Tisch: Wir brauchen mehr Investitionen in gute Bildung und Betreuung für alle Kinder und Jugendlichen. Dazu gehört vor allem eine gute Infrastruktur vor Ort, wie zum Beispiel qualitativ hochwertige Betreuungseinrichtungen, Ganztagschulen und ein warmes und gesundes Mittagessen für jedes Kind. Klar ist, das geht nicht zum Nulltarif. Wir brauchen dafür starke Länder und Kommunen. Stattdessen zerstört die Bundesregierung mit ihrer verantwortungslosen Steuerpolitik auf Pump die finanzielle Basis der Kommunen und entzieht ihnen sämtliche Handlungsspielräume.

Wenn die Bundesregierung nicht endlich anfängt, eine bessere und verantwortungsvollere Politik für die Kinder und Jugendlichen in unserem Land zu machen, werden auch die nächsten Studien leider keine anderen Ergebnisse aufweisen.

**Berlin, 6. Juli 2011**

**Presseservice des SPD-Parteivorstandes**

## Einladung



### MdB Ute Vogt

Mitglied im Bundestagsausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit  
ehemalige Landesvorsitzende der SPD

**Freitag 15. Juli 2011 um 18.30 Uhr**  
**Gasthaus Frieden, Ahausen**

### **„Atomausstieg!**

### **Damit es mit neuer Energie aufwärts geht!“**

In diesen Wochen wird im Bundestag der Ausstieg aus der Kernenergie verhandelt. Die Bundesregierung rühmt sich damit, einen größtmöglichen gesellschaftlichen Konsens herbeiführen zu wollen. Dabei hatte bereits die rot-grüne Koalition die Atomfrage beantwortet und die Energiewende eingeleitet, ehe Schwarz-Gelb aus rein wirtschaftlichen Interessen den „Ausstieg aus dem Ausstieg“ in Form der Laufzeitverlängerung vollzog.

Die SPD-Fraktion hat ein umfangreiches Energieprogramm beschlossen und möchte einen Konsens mitgestalten. Der gestaffelte Ausstieg bis 2022 ist begrüßenswert, obwohl es auch schneller gehen könnte, wie wissenschaftliche Gutachten belegen. Viele Aspekte sind jedoch noch ungeklärt: Es gibt bis heute keine Antwort auf die Frage nach einem geeigneten Endlager, eine Unumkehrbarkeit des Ausstiegs ist nicht zugesichert worden und dem Faktor der Meiler-Sicherheit in der verbleibenden Restlaufzeit wird zu wenig Bedeutung geschenkt.

Die SPD fordert zudem deutlich mehr Engagement im Bereich der Erneuerbaren Energien. Während der Atomausstieg auf breite Zustimmung stößt, zeigt das Beispiel Windkraft am Gehrenberg, dass der notwendige verstärkte Ausbau erneuerbarer Energien bei den Bürgerinnen und Bürgern durchaus kritisch gesehen wird.

Wir laden Sie herzlich dazu ein, mit uns und MdB Ute Vogt die aktuellen Entwicklungen, Probleme und Perspektiven für die Zukunft der Energieversorgung zu diskutieren.

Andreas Kemmer  
SPD Bermatingen

Jochen Jehle  
SPD Deggenhausertal

ViSdP: Jochen Jehle, Kolbengasse 6a, 88693 Deggenhausertal

EVELYNE GEBHARDT

Mitglied des Europäischen Parlaments



Fraktion der Progressiven Allianz der  
**Sozialisten & Demokraten**  
im Europäischen Parlament

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freunde,  
liebe Genossinnen und Genossen,

es ist wieder soweit, wir feiern gemeinsam mein traditionelles

**Europafest**  
**Am Samstag 9. Juli von 14.00 bis 18.00 Uhr**  
**in Künzelsau (Keltergasse 47).**

Diese Einladung ist zugleich als Dank an alle gedacht, die mir durch ihre Rückmeldungen und ihren großen Zuspruch immer wieder signalisieren, dass meine Arbeit sinnvoll ist und einen großen Mehrwert bringt. Gleichzeitig möchte ich allen interessierten die Möglichkeit geben mal hinter die Kulissen meines Büros zu schauen und meine Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen aus Künzelsau und Brüssel kennenzulernen.

Als Überraschungsgast hat sich Nils Schmid angesagt. Unser neuer Finanz- und Wirtschaftsminister und SPD-Landesvorsitzender wird gegen 16.00 Uhr erwartet.

Wie immer sind auch die Kinder herzlich willkommen beim Fest. Das Glücksrad wartet auf sie. Die Erwachsenen sollten sich bitte im Büro kurz anmelden, damit wir für die Bewirtung planen können.

Herzlich willkommen am 9. Juli!

Mitglied des Europäischen Parlaments

Künzelsau, den 30. Juni 2011

---

Europabüro, Keltergasse 47, 74653 Künzelsau  
Tel.: 07940 – 59122 / Fax: 07940 – 59144  
E-Mail: [EGebhardt.MdEP@T-Online.de](mailto:EGebhardt.MdEP@T-Online.de)  
60, rue Wiertz, B-1047 Brüssel, Tel.: 0032.2.284 – 5466 / Fax: 0032.2.284 – 9466  
[Evelyne.Gebhardt@europarl.europa.eu](mailto:Evelyne.Gebhardt@europarl.europa.eu)

---



# Klufterner Figuren-Festival



## Freitag, 8. Juli: Efrizweiler

### Eröffnungsfeier und Kunstlabor beim „Schloss der Künste“

- 17:30 Uhr: Eintreffen am „Schloss der Künste“  
18:30 Uhr: Eröffnung des „Klufterner Figuren-Festivals“ durch  
Bürgermeister Dr. Stefan Köhler, Ortsvorsteher Michael Nachbaur  
Anschließend Rundgang mit Musik zu Efrizweiler Figuren  
20:00 Uhr: Kunstlabor im Gewölbekeller (Klang-Performance, Tanzfiguren  
erzeugen Klänge: Alain Wozniak, Felicitas Glidden, Verena Männer,  
Günther Schulze; Lautgedichte: Jürgen Weing; Philosophische Intermezzi:  
Karin Nowak, Gunar Seitz)  
Klang-Installation in der St. Agatha-Kapelle: Bernhard Klein

## Samstag, 9. Juli: Kluftern (Lipbach, Efrizweiler)

- 10:00 Uhr: Geschichts- und Figurenspaziergang (1,5 bis 2 Std)  
von Kluftern-Kirche über Lipbach zurück zur Kirche  
14:00 Uhr: Radwanderung zu Figuren, Kunst, Geschichte u. Natur,  
Treffpunkt Kluftern-Kirche (ca. 2,5 Stunden)  
19:00 Uhr: „Badischer Abend“ auf dem Rathaus- und Kirchplatz  
Musik: „First Class“; abwechslungsreiches Essen und Trinken an  
acht Ständen, Schieß- und Wurf Buden, Tanz  
19- 20 Uhr: Kaspertheater „Kaspers Flug zum Mond“ von Frau Christen  
für 3 bis 7-jährige im Rathaus, Schminkaktion für alle Kinder

## Sonntag, 10. Juli: Kluftern

- ab 10:30 Uhr auf dem Rathaus- und Kirchplatz  
abwechslungsreiches Essen und Trinken an acht Ständen
- Frühschoppen mit dem Männergesangsverein und Musikverein Kluftern
  - im Rathaus: 11-12 Uhr Kaspertheater für 3 bis 7-jährige, Schminkaktion  
für alle Kinder, ab 13 Uhr Spiele im Freien und Märchenerzähler im  
Bürgerhaus
  - Pferdekutschfahrten zu den Figuren
- Mittagessen mit der Jugendmusik Kluftern  
14:30 Uhr: der Musikverein Meckenbeuren spielt auf  
16:30 Uhr: Preisverleihung für die beliebtesten Figuren  
mit Bürgermeister Peter Hauswald

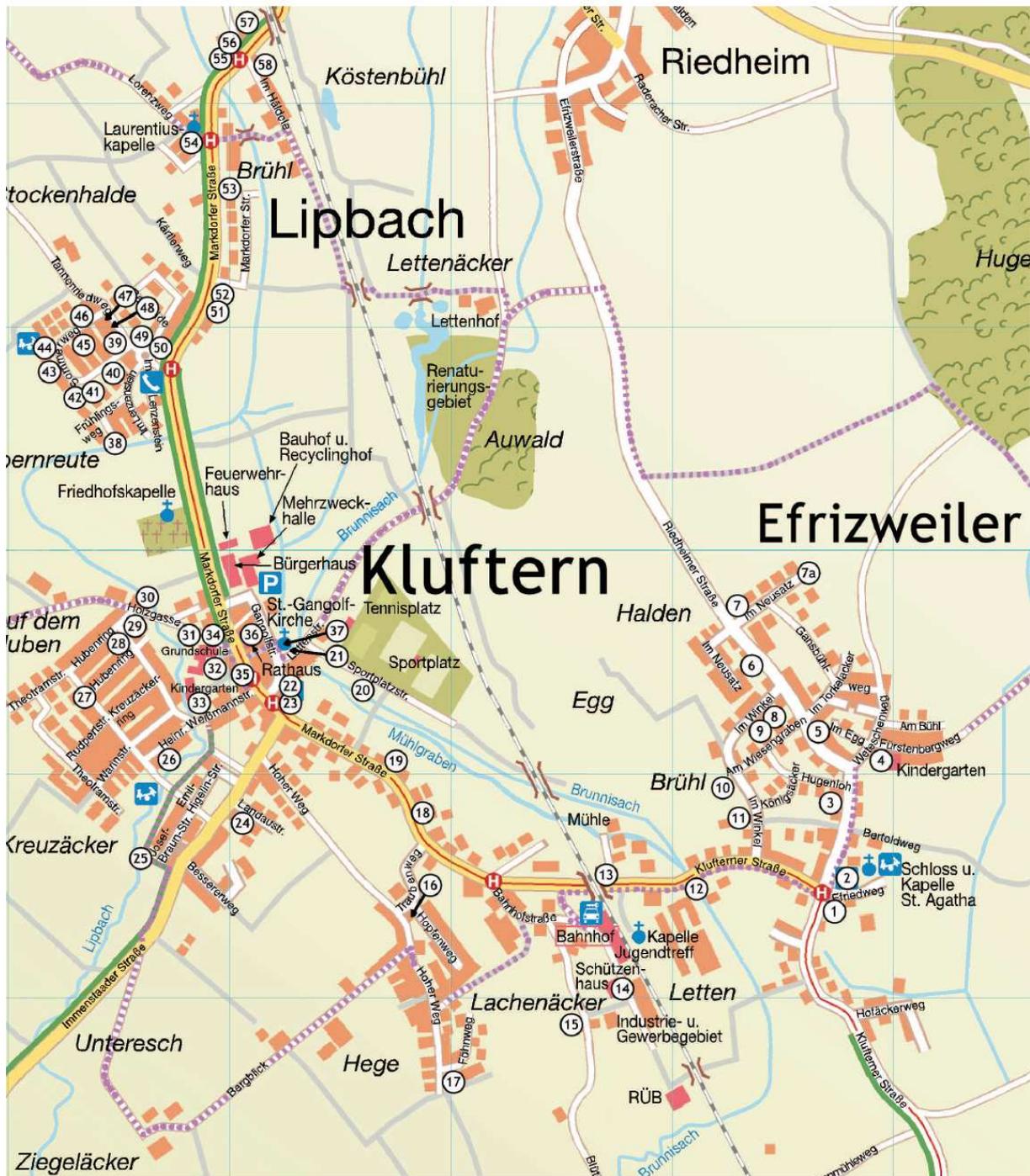
## 9. und 10. Juli: Lipbach

- beim Bauernhaus Schmid (am Ortseingang)  
Sa. 10 - 16 Uhr u. So. 10:30 - 14 Uhr: Streichelzoo, Vesper mit Most

## Stadt-Jugend-Fußballmeisterschaft: Sa. und So. von 9:30 bis 19 Uhr

Veranstalter: Klufterner Vereine, KiK und Lokale Agenda21

# Klufterner Figuren-Festival



Standorte der Figuren und Figurengruppen

V. i. S. d. P. Bernd Caesar

# Mail-Informationsdienst der SPD-Bundestagsfraktion

## Freitag, 1. Juli 2011

-----  
Frank-Walter Steinmeier "Mein Standpunkt":

- Es ist unseriös, schuldenfinanzierte Steuersenkungen anzukündigen

### Die Themen:

- Atomausstieg und Energiewende richtig anpacken
- Organspende: Experten einig - Transplantationsgesetz anpassen
- Präventive Medizin im Gesundheitssystem fest verankern
- Aushöhlung der Schuldenregel stoppen
- Deutschland ohne gültiges Wahlgesetz
- Diätenerhöhung und Anpassung Parteifinanzen
- 70. Jahrestag des Überfalls Deutschlands auf die Sowjetunion
- Chancen schaffen
- Polarregionen schützen

### Pressestatement Frank-Walter Steinmeier:

- Steuersenkung auf Pump hilft der Regierung nicht

### Video:

- Steuersenkung auf Pump hilft der Regierung nicht
- "Merkel im Schlepptau der FDP"
- Herzlichen Glückwunsch zum Atomausstieg, Frau Dr. Merkel!

### Veranstaltungen:

- Berliner Betriebsrätekonzferenz zum Thema Gesundheit
- Wasserstraßen-Reform gefährdet Jobs und Wirtschaftsentwicklung

### Veröffentlichungen:

- Postkarte "Herzlichen Glückwunsch zum Atomausstieg, Frau Dr. Merkel!"
- Fraktion Intern 5/2011

-----  
Frank-Walter Steinmeier "Mein Standpunkt"

-----  
Es ist unseriös, schuldenfinanzierte Steuersenkungen anzukündigen

Die von Union und FDP jetzt wieder losgetretene Steuersenkungsdebatte ist nicht nur haushaltspolitisch verantwortungslos. Die angedrohte Klage gegen die Brennelementesteuer, die Schuldenkrise im Euro-Raum, die Bundeswehrreform oder steigende Zinsen werden ignoriert. Nichts ist so unseriös, wie in dieser Lage schuldenfinanzierte Steuersenkungen anzukündigen.

### Mehr ...:

[http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs\\_dok/0,,57364,00.html](http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,57364,00.html)

### Die Themen

-----  
UMWELT, NATURSCHUTZ UND REAKTORSICHERHEIT Atomausstieg und Energiewende richtig anpacken - SPD schlägt Verbesserungen für Energiegesetze vor

Wir begrüßen ausdrücklich die Entscheidung der Bundesregierung, aus der Atomenergie auszusteigen und sich im Wesentlichen am rot-grünen Ausstieg von 2000 zu orientieren. Der Ausstieg der rot-grünen Bundesregierung war rechtssicher, verfassungsfest, frei von Entschädigungsleistungen und wurde nicht beklagt. Dies muss auch für den jetzigen Ausstieg gelten. Die unter Rot-Grün begonnene Energiewende muss konsequent fortgeführt werden.

### Mehr ...:

[http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs\\_dok/0,,57190,00.html](http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,57190,00.html)

### GESUNDHEIT

Organspende: Experten einig - Transplantationsgesetz anpassen - Mehr Spendenbereitschaft in der Bevölkerung erreichen

Einvernehmen bestand bei allen Experten darüber, dass das seit 1997 bestehende Transplantationsgesetz dringend angepasst werden muss, um die große Lücke zwischen der in Umfragen ermittelten hohen Organspendebereitschaft und den tatsächlichen Besitzern von Organspendeausweisen zu schließen.

**Mehr ...:**

[http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs\\_dok/0,,57171,00.html](http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,57171,00.html)

Präventive Medizin im Gesundheitssystem fest verankern - SPD: Bundesregierung soll Präventionsgesetz vorlegen

Das Gesundheitssystem steht in Anbetracht einer stetig alternden Gesellschaft und steigender Zahlen chronischer und psychischer Erkrankungen vor großen Herausforderungen. Die SPD-Bundestagsfraktion fordert deshalb die Regierung auf, eine umfassende Präventionsstrategie zu formulieren und einen Entwurf für ein Präventionsgesetz vorzulegen. Prävention muss eine entscheidende Rolle im Gesundheitswesen einnehmen.

**Mehr ...:**

[http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs\\_dok/0,,57451,00.html](http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,57451,00.html)

## **HAUSHALT**

Aushöhlung der Schuldenregel stoppen - Regelungen konkretisieren

Die FDP sieht aufgrund der aktuell optimistischen Schätzungen von wirtschaftlicher Entwicklung und Steuereinnahmen des Staates einen Spielraum für Steuersenkungen schon ab 2013. Die rechtlichen, auch verfassungsrechtlichen Vorgaben sind aber klar: Konjunkturbedingte Steuermehreinnahmen müssen - so die neue Schuldenregel ("Schuldenbremse") - in die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte gehen.

**Mehr ...:**

[http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs\\_dok/0,,57500,00.html](http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,57500,00.html)

WAHLPRUEFUNG, IMMUNITÄT UND GESCHÄFTSORDNUNG Deutschland ohne gültiges Wahlgesetz - Entwurf der Koalition nur Notkonstrukt

Am 30. Juni läuft die durch das Bundesverfassungsgericht im Jahr 2008 gesetzte Frist für die Wahlrechtsreform ab. Union und FDP haben diese Reform verschleppt, weil sie sich nicht einigen konnten. Die SPD hat schon im Mai einen eigenen Gesetzentwurf vorgelegt. Durch schwarz-gelbes Chaos steht Deutschland nun ohne anwendbares Wahlrecht da.

**Mehr ...:**

[http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs\\_dok/0,,57407,00.html](http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,57407,00.html)

Diätenerhöhung und Anpassung Parteifinzen - Anpassung an steigende Lebenshaltungskosten

Eine Diätenerhöhung ruft in der Öffentlichkeit regelmässig kritische Nachfragen hervor. Doch auch die Diäten müssen von Zeit zu Zeit an die steigenden Lebenshaltungskosten angepasst werden. Anderenfalls besteht die Gefahr, dass nur diejenigen in die Politik gehen, die es sich finanziell leisten können.

**Mehr ...:**

[http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs\\_dok/0,,42533,00.html](http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,42533,00.html)

## **AUSSENPOLITIK**

70. Jahrestag des Überfalls Deutschlands auf die Sowjetunion - Bundestag gedenkt Opfer des Vernichtungskrieges

Auf Initiative der SPD-Bundestagsfraktion hat der Deutsche Bundestag am 30. Juni des 70. Jahrestages des Überfalls von Hitler-Deutschland auf die Sowjetunion gedacht. Am 22. Juni 1941 hatten deutsche Truppen einen beispiellosen Vernichtungskrieg in Osteuropa begonnen.

**Mehr ...:**

[http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs\\_dok/0,,56231,00.html](http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,56231,00.html)

## **FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND**

Chancen schaffen - SPD fordert Erhalt wichtiger Jugendprogramme

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert in einem Antrag, die Programme "Schulverweigerung - Die 2. Chance" und "Kompetenzagenturen" zu erhalten. Beide Programme sind außergewöhnlich erfolgreich, weil es sich um Programme der aufsuchenden Sozialarbeit handelt. Sie ermöglichen jungen Menschen einen Schulabschluss oder bringen sie in Job oder Ausbildung.

**Mehr ...:**

[http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs\\_dok/0,,57490,00.html](http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,57490,00.html)

## **BILDUNG UND FORSCHUNG**

Polarregionen schützen - SPD fordert Stärkung der Polarforschung

Die Erforschung von Arktis und Antarktis liefert wichtige Erkenntnisse über das Ökosystem Erde. Aus den Ergebnissen der Polarforschung lassen sich entscheidende Rückschlüsse auf das Klima der Erde und dessen Veränderung ziehen. Entwicklungen an den Polen werden von Forschern als Klima-Frühwarnsystem angesehen. Die Entdeckung des Ozonlochs ist hierfür ein gutes Beispiel. Deshalb fordert die SPD-Fraktion, die Polarforschung weiter zu stärken.

**Mehr ...:**

[http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs\\_dok/0,,52877,00.html](http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,52877,00.html)

---

### **Pressestatement Frank-Walter Steinmeier**

Steuersenkung auf Pump hilft der Regierung nicht

Schwarz-gelbe Steuersenkungspläne sind unglaublich, sagte Steinmeier. Es wiederhole sich nur das Schauspiel des letzten Jahres. Diese Woche werden wichtige energiepolitische Entscheidungen getroffen. Nur wenige Monate nach dem Beschluss der Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke kehrt die Regierung zum rot-grünen Atomausstieg zurück.

**Mehr ...:**

[http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs\\_dok/0,,57380,00.html](http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,57380,00.html)

---

### **Videos**

Steinmeier: Steuersenkung auf Pump hilft der Regierung nicht

**Video ansehen ...:**

[http://www.youtube.com/watch?v=bQGaXfo18FE&feature=channel\\_video\\_title](http://www.youtube.com/watch?v=bQGaXfo18FE&feature=channel_video_title)

Poss: "Merkel im Schlepptau der FDP"

**Video ansehen ...:**

[http://www.youtube.com/watch?v=fEf9LhyZQfY&feature=channel\\_video\\_title](http://www.youtube.com/watch?v=fEf9LhyZQfY&feature=channel_video_title)

Herzlichen Glückwunsch zum Atomausstieg, Frau Dr. Merkel!

**Video ansehen ...:**

[http://www.youtube.com/watch?v=NaDGaBAJ7VY&feature=channel\\_video\\_title](http://www.youtube.com/watch?v=NaDGaBAJ7VY&feature=channel_video_title)

---

### **Veranstaltungen**

Berliner Betriebsrätekonzferenz - Gesundheit zukunftssicher organisieren

"Gesundheit zukunftssicher organisieren" - das ist eine der wichtigsten Herausforderungen für Politik und Gesellschaft und angesichts der Insolvenz der City BKK aktueller denn je. Wir freuen uns deshalb, dass auch in diesem Jahr mehr als 250 Betriebsräte unserer Einladung nach Berlin gefolgt sind.

**Mehr ...:**

[http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs\\_dok/0,,57445,00.html](http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,57445,00.html)

Wasserstraßen-Reform gefährdet Jobs und Wirtschaftsentwicklung - Gemeinsame Resolution von Personalräten der WSV und SPD-Bundestagsfraktion

"WSV geht baden" - über die verheerenden Auswirkungen der Regierungspläne zur Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes waren sich bei der Konferenz der SPD-Bundestagsfraktion alle einig.

**Mehr ...:**

[http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs\\_dok/0,,57497,00.html](http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,57497,00.html)

---

### **Veröffentlichungen**

Postkarte "Glückwunsch, Kanzlerin, zum Atomausstieg!"

Wir gratulieren der Kanzlerin und der schwarz-gelben Koalition zum Atomausstieg. (Postkarte, Juni 2011)

**Postkarte kostenlos bestellen:**

[http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs\\_rubrik/0,,3214,00.html#pos7](http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_rubrik/0,,3214,00.html#pos7)

**Fraktion Intern Nr. 5/2011**

mit den Schwerpunktthemen Umwelt und Gesundheit

**Fraktion Intern ansehen ...:**

[http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs\\_dok/0,,57260,00.html](http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,57260,00.html)

Diese und weitere Veröffentlichungen können Sie bei uns kostenlos bestellen:

[http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs\\_rubrik/0,,3214,00.html](http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_rubrik/0,,3214,00.html)

Mit freundlichen Grüßen

[webteam@spdfraktion.de](mailto:webteam@spdfraktion.de)

-----  
[www.spdfraktion.de](http://www.spdfraktion.de)  
-----

- Informationen über die SPD-Bundestagsabgeordneten:

[http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs\\_rubrik/0,,1910,00.html](http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_rubrik/0,,1910,00.html)

- Der Fraktionsvorsitzende Dr. Frank-Walter Steinmeier:

[http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs\\_rubrik/0,,3942,00.html](http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_rubrik/0,,3942,00.html)

- Veröffentlichungen der SPD-Bundestagsfraktion:

[http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs\\_rubrik/0,,3214,00.html](http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_rubrik/0,,3214,00.html)

-----  
**SPD-Bundestagsfraktion**  
-----

SPD-Bundestagsfraktion

Öffentlichkeitsarbeit

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon (0 30) 227-5 49 07

Telefax (0 30) 227-5 68 00

E-Mail: [webteam@spdfraktion.de](mailto:webteam@spdfraktion.de)

Internet: <http://www.spdfraktion.de>  
-----

**Die SPD-Bundestagsfraktion bei facebook:**

<http://www.facebook.com/spdbundestagsfraktion>  
-----

# Impressum

## Herausgeber:

**Deutsche Gruppe SBI und Sozialistische Bodensee-Internationale, SBI – D - (Präsident Norbert Zeller)**

Redakteure, verantwortlich im Sinne des Presserechts:

**Karl-Heinz König, Rebhalde 3, D 88709 Meersburg**

**Tel.: 07532/313048**

**E-Mail: [roterseehas@kabelbw.de](mailto:roterseehas@kabelbw.de)**

und

**Willi Bernhard, Rosenstr. 36, D 88074 Meckenbeuren**

**Tel.: 07542/20349**

**E-Mail: [willibernhard@gmx.de](mailto:willibernhard@gmx.de)**

## Weitere Autoren in dieser Ausgabe:

**Büro Peter Simon, MdEP:**

[peter.simon@europarl.europa.eu](mailto:peter.simon@europarl.europa.eu)

**Evelyne Gebhardt, MdEP:**

[EGebhardt.MdEP@t-online.de](mailto:EGebhardt.MdEP@t-online.de)

**Europa Aktuell:**

[EGebhardt.MdEP@t-online.de](mailto:EGebhardt.MdEP@t-online.de)

**Udo BULLMANN, MdEP: über**

[martin.mendler@spd.landtag-bw.de](mailto:martin.mendler@spd.landtag-bw.de)

**Martin Mendler, Pressesprecher:**

**Dr. Paul Wengert, MdL (BY):**

[paul.wengert@gmx.de](mailto:paul.wengert@gmx.de)

**SPD Presseservice:**

[pressestelle@spd.de](mailto:pressestelle@spd.de)

**Dario Sulzer:**

[sulzer@sp-sg.ch](mailto:sulzer@sp-sg.ch)

**Peter Gubser:**

[petergubser.arbon@bluewin.ch](mailto:petergubser.arbon@bluewin.ch)

**SPÖ-Express:**

[hubert.loetsch@spoe.at](mailto:hubert.loetsch@spoe.at) [www.spoe.at](http://www.spoe.at)

**SPÖ-Aktuell:**

[spoe.aktuell@spoe.at](mailto:spoe.aktuell@spoe.at)

**Winfried Kropp, Pressesprecher**

**SPD Kreis Konstanz:**

[kropp@spd-kreis-konstanz.de](mailto:kropp@spd-kreis-konstanz.de)

**Büro Berlin Martin Gerster, MDB:**

[martin.gerster.ma01@bundestag.de](mailto:martin.gerster.ma01@bundestag.de)

**Wolfgang Heinzel:**

[Wolf99maci@aol.com](mailto:Wolf99maci@aol.com)

**Büro Berlin, Hilde Mattheis, MDB:**

[hilde.mattheis.ma01@bundestag.de](mailto:hilde.mattheis.ma01@bundestag.de)

**Wahlkreisbüro Hilde Mattheis:**

[hilde.mattheis@wk.bundestag.de](mailto:hilde.mattheis@wk.bundestag.de)

**Hans-Dieter Schäfer:**

[hdgdschaefer@versanet.de](mailto:hdgdschaefer@versanet.de)

**Martin Jopke:**

[martin-jopke@versanet.de](mailto:martin-jopke@versanet.de)

**Frederic Striegler:**

[Frederic.Striegler@igmetall.de](mailto:Frederic.Striegler@igmetall.de)

**Jochen Jehle:**

[Jochen.Jehle@spd-online.de](mailto:Jochen.Jehle@spd-online.de)

**Bernd Caesar:**

[bernd.caesar@online.de](mailto:bernd.caesar@online.de)

**Newsletter Bundestagsfraktion:**

[aboservice@spdfraktion.de](mailto:aboservice@spdfraktion.de)

**Bundestagsfraktion:**

[webteam@spdfraktion.de](mailto:webteam@spdfraktion.de)

**Bundes SPD:**

[www.spd.de](http://www.spd.de)

[SPD.de](http://SPD.de)

Die mit Namen gekennzeichneten Artikel geben die Meinung der Verfasserin oder des Verfassers wieder. Die Beiträge stimmen nicht unbedingt mit der Redaktion überein.

## **E-Mail-Abonnement (ab)bestellen**

(Karl-Heinz König)

[roterseehas@kabelbw.de](mailto:roterseehas@kabelbw.de)